

**November 13, 1990**

**The Chancellor's [Helmut Kohl's] Meeting with  
Soviet President M.S. Gorbachev on 9 November  
1990, 3:15 p.m. to 5:00 p.m. at the Federal  
Chancellery**

**Citation:**

"The Chancellor's [Helmut Kohl's] Meeting with Soviet President M.S. Gorbachev on 9 November 1990, 3:15 p.m. to 5:00 p.m. at the Federal Chancellery", November 13, 1990, Wilson Center Digital Archive, BArch, B 136/59734, 168-189. Contributed, transcribed, and translated by Stephan Kieninger.  
<https://digitalarchive.umd.edu/document/300097>

**Summary:**

Kohl and Gorbachev review the state of bilateral relations, the Gulf crisis and the situation in the Soviet Union, especially with regards to Gorbachev's perestroika and glasnost and the Soviet Union's economic reforms. They discuss Western economic assistance and food supplies for the Soviet Union as well.

**Original Language:**

German

**Contents:**

Original Scan  
Transcript - German  
Translation - English

Abteilungsleiter 2

Bonn den 4. Dezember 1990

168

21 - 30130 S 25 - De 2/12/90 VS-Vertr.

Eine Ausfertigung

- ohne Anlage offen -

Über

Herrn Chef des Bundeskanzleramtes

04. DEZ. 90

*lsc* *h*

Herrn Bundeskanzler

Der Leiter  
des Kanzlerbüros  
04. DEZ. 1990  
*h* *121*

Betr.: Vermerk über Ihr Gespräch mit dem sowjetischen Präsidenten am  
9. November 1990

*Teltschik*

Anbei übersende ich Ihnen den Vermerk über Ihr Gespräch mit Präsident  
Gorbatschow mit der Bitte um Billigung.

Gleichzeitig möchte ich um Genehmigung bitten, diesen Vermerk Herrn  
Bundesminister Genscher zur Kenntnis zu übersenden.

*Teltschik*

( Teltschik )

*Genscher*

*Ja*  
*HGX 21*  
*2. 5/12*

*2/27*  
*2/12*

MATTPOST  
ZETA

AL 2

Bonn, den 13. November 1990

21 - 30130 S 25 - De 2/11/90 VS-V

169

Erste AusfertigungV e r m e r k

über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem sowjetischen Präsidenten M.S. Gorbatschow am 9. November 1990, 15.15 bis 17.00 Uhr im Bundeskanzleramt

Herabgestuft auf 2-offen  
 gem. Schreiben-Vorfügung- 21.12.02  
 vom Blomeyer

Teilnehmer:

A.S. Tschernjajew, Berater des Präsidenten  
 Abteilungsleiter 2  
 2 Dolmetscher

Einleitend weist Präsident Gorbatschow auf den sonnigen Herbsttag hin, der für seinen Besuch in Deutschland gewissermaßen symbolisch sei.

Der Bundeskanzler begrüßte Präsident Gorbatschow sehr herzlich und überreichte ihm ein persönliches Geschenk. Anschließend sprach er die innere Lage in der Sowjetunion an. Er sei über die Schüsse auf dem Roten Platz erschrocken, als er davon gehört habe. Es sei ja erst wenige Wochen her, daß sein Kollege und Freund, Innenminister Schäuble, angeschossen worden und seitdem gelähmt sei.

Präsident Gorbatschow berichtete, daß es in Moskau viele spontane Demonstrationen von unten gebe. Wenn die deutsche Presse über alle Losungen berichtet habe, dann konnte der Bundeskanzler sicherlich feststellen, daß sie alle sehr interessant gewesen seien. Früher seien solche Losungen in Partei- und Gewerkschaftsorganisationen vorbereitet worden. Heute schreibe jeder selbst seine Losung. Das sei Ausdruck des Pluralismus in der Sowjetunion. Diese Losungen richteten sich vor allem an den Präsidenten, der aufgefordert werde, für Pluralismus, für Markt, für Demokratie, aber gegen Arbeitslosig-

ZETA

MAILPOST

~~VS-Vertraulich~~  
~~• enthält Geheimhaltungen -~~  
- 2 -

keit einzutreten. Unendlich viele Appelle habe es in dieser Form an ihn gegeben. Er habe deshalb den neben ihm stehenden Ryschkow gefragt, ob sie eigentlich eine Regierung hätten oder nicht, weil sich alle diese Aufrufe an ihn und nicht an die Regierung richten würden.

In ihren Losungen seien die Menschen auch für den Erhalt der Union, für nationale Auferstehung, aber gegen Nationalismus eingetreten. Die Losungen hätten sich auch an ihn und an Jelzin gemeinsam gerichtet, daß sie beide an das Schicksal des Landes denken sollten. Am Vorabend der Revolutionsfeier habe eine feierliche, aber ungewöhnliche Sitzung stattgefunden, weil dort jeder sagen konnte und gesagt habe, was er wollte. Zum Schluß der Sitzung habe ein Arbeiter über das Thema Gorbatschow / Jelzin gesprochen, und der Saal habe ihm applaudiert. Als er das Präsidium verlassen habe, habe Jelzin auf ihn gewartet. Als er ihn begrüßt habe, habe sie der ganze Saal beobachtet.

In der Sowjetunion sei jetzt alles in Bewegung. Was sei jedoch tatsächlich geschehen? Am Vorabend der Revolutionsfeier hätten sie darüber diskutiert, ob eine solche Feier oder Paraden erforderlich seien. Er sei gerade aus Spanien zurückgekommen. Er habe einen Erlaß herausgegeben, daß die Parade nach dem bisherigen Verfahren durchgeführt werden solle. Ebenso habe er seine Zustimmung zu den Demonstrationen gegeben. Dieser Erlaß habe überall im Lande Diskussionen ausgelöst. Damit sei von der Bevölkerung ein sehr mächtiges Signal gegeben worden. Für die Menschen habe es keinen Zwang gegeben, und sie seien freiwillig zu den Manifestationen gegangen.

Überall habe es militärische Paraden und Manifestationen gegeben, auch in den Ostsee-Republiken. In der Stadt Riga mit 120.000 Einwohnern seien Letten und Russen fast so wie in Moskau unterwegs gewesen. Die Teilnehmer der militärischen Paraden seien mit Blumen überschüttet worden. Es habe insgesamt eine massive Bewegung gegeben und alles sei in einer relativen Ruhe verlaufen. Wohin bewege sich die Entwicklung?

~~VS-Verteulich~~  
~~amlich geheimgehalten~~

Diese Ereignisse seien für die sowjetische Führung ein Signal gewesen. Sie hätten eine klare Vorstellung von der Entwicklung der Prozesse vermittelt, insbesondere die Notwendigkeit unterstrichen, für Stabilisierung und Konsolidierung, für Ordnung und Disziplin zu sorgen und Separatismus und Nationalismus zu verhindern.

Was wolle Jelzin, fragte der Bundeskanzler. Wolle er an den Platz, den jetzt der Präsident einnehme?

Sie wüßten nicht, was Jelzin wolle, erwiderte Präsident Gorbatschow. Jelzin sei ein Spielzeug in den Händen bestimmter Kräfte. Er kenne ihn sehr lange. Er kenne von Jelzin alles, auch das, was andere nicht wüßten. Seiner Natur nach sei Jelzin zerstörerisch. Dort, wo er etwas schaffen solle, bringe er nichts zustande. Jelzin sei von Geburt an ein Oppositioneller gewesen. Dennoch könne man mit ihm etwas anfangen. Er habe sich mit Jelzin für den 11. November erneut zu einem Gespräch verabredet.

Inzwischen würden sich die Menschen in der Sowjetunion allmählich zurechtfinden. Es gebe zwar viele Erklärungen demagogischen Charakters und viele Konfrontationen. Die Menschen seien ihrer aber überdrüssig und würden sie beiseite schieben. Jelzin spüre diese Entwicklung und denke über neue taktische Schritte nach. Die Rede von Jelzin von Mitte Oktober habe viel Schaden angerichtet. Das gelte für alle. Heute herrsche in der Gesellschaft und in den Republiken die Stimmung vor, möglichst rasch den Unionsvertrag abzuschließen.

Der Bundeskanzler fragte den Präsidenten, ob die Zentralregierung im Rahmen eines solchen Unionsvertrages Rechte an die Republiken abgeben müsse. Es gehe jetzt darum, antwortete Präsident Gorbatschow, daß das Zentrum alle Verantwortlichkeiten abgebe, die in der Zuständigkeit der Regionen liegen sollten. Das Ziel sei also eine Art Föderalismus, warf der Bundeskanzler ein.

Präsident Gorbatschow bejahte dies. Das Prinzip des Föderalismus sei ursprünglich ja auch Bestandteil des Staatsnamens gewesen.

In Wirklichkeit sei jedoch alles zentral geregelt worden. Die Republiken, die Regionen und die Menschen müßten jedoch ihre Freiheit haben. Allerdings sei jetzt festzustellen, daß auch nationalistische Töne wieder laut würden. Die Nationalisten würden jedoch spüren, daß ihre Zeit vorbei sei. Man habe selbst in Litauen verstanden, daß die Politik von Landsbergis in die Sackgasse führe. Die Ministerpräsidenten aller drei Ostsee-Republiken würden gemeinsam mit Ministerpräsident Ryschkow in der staatlichen Plankommission zusammensitzen, um die Planungen für das neue Jahr vorzubereiten, weil sie überleben müßten. Auch in der Republik Moldau, in Armenien, in Aserbeidschan, habe man verstanden, was das bedeute.

Der Bundeskanzler bekräftigte, daß ein Erfolg von Präsident Gorbatschow für Deutschland und für Europa wichtig sei. Deshalb sei es notwendig, die auseinanderstrebenden Nationalitäten unter ein Dach zusammenzufügen.

Präsident Gorbatschow erwiderte, daß in der Gesellschaft große Entschlossenheit vorhanden sei, die dazu führe, daß härteste Maßnahmen des Präsidenten akzeptiert würden. Er strebe eine Lösung über einen Unionsvertrag und nicht über einen anderen Weg an.

Der Bundeskanzler erläuterte, daß heute kein Staat mehr einen Zentralismus aufrechterhalten könne. Die Menschen lehnten den Zentralismus ab, weil sie alle ihren eigenen persönlichen Bereich wünschten.

Deutschland sei nur eine Nation, warf Präsident Gorbatschow ein, und dennoch gebe es diese Erfahrung. In der Sowjetunion gebe es dagegen viele verschiedene Nationalitäten, die alle ihre eigenen Interessen vertreten würden.

Der Bundeskanzler fragte den Präsidenten nach dem Stand der Wirtschaftsreform. Die Bundesregierung sei bereit, mit Experten zu helfen, wenn der Präsident ein solches Angebot aufgreifen wolle.

WATTPOST

Präsident Gorbatschow erläuterte, daß sie nicht dabei seien, die Wirtschaftsreformen abzubremsen. Ein solcher Eindruck wäre falsch. Sie seien dabei, die Formen des Eigentums zu reformieren und eine gemischte Wirtschaft zu schaffen. Sie werde staatliches Eigentum, Kooperativen, Aktiengesellschaften und andere Formen von Eigentum umfassen. Das wichtigste Ziel, das er erreichen wolle, sei Selbständigkeit und Eigenverantwortung und das Recht, über die Arbeitsergebnisse selbst verfügen zu können. "Wir marschieren jetzt in Richtung Markt". Das geschehe aber in der Weise, daß sie es der Wirtschaft ermöglichen wollen, in Richtung Markt zu gehen, ohne daß dabei Fehler gemacht würden.

Es werde immer die Frage gestellt, warum diese Entscheidung nicht schon im Frühjahr getroffen worden sei. Sie hätten jedoch feststellen müssen, daß noch im April 82 bis 86 % der Menschen gegen den Markt eingestellt gewesen seien. Heute seien bereits die meisten dafür. Es sei deshalb wichtig gewesen, das Bewußtsein der Menschen zu verändern. Jetzt könnten sie entschiedener handeln. Sie würden jetzt große Maßnahmen einleiten, um das Budgetdefizit zu reduzieren, die Finanzen zu sanieren, den Rubel zu stabilisieren und die Preispolitik zu ändern. Zukünftig sollten die Weltmarktpreise gelten. Alles zusammen solle zur Stabilisierung der Wirtschaft beitragen. Gleichzeitig hätten sie einen Weg beschlossen, die Unternehmen zu entstaatlichen. Schritt für Schritt würden sie jetzt große Entscheidungen treffen.

In der jetzigen Etappe seien sie auch dabei, die Währungspolitik zu ändern. Die Republiken hätten teilweise keinen einzigen Dollar oder D-Mark zur Verfügung gehabt. Die Vertreter aus der Ukraine hätten berichtet, daß sie nicht in der Lage seien, 40.000 bis 60.000 Dollar für Ausrüstungen aufzubringen, um Versorgungsgüter in der Größenordnung von 4 Milliarden zu produzieren.

ZETA  
MATTPOST

Die Suche nach Kriterien für eine vernünftige Währungspolitik habe gezeigt, daß das nicht einfach sei. Er habe deshalb einen Währungsausschuß geschaffen, dem an der Spitze Ministerpräsident Ryschkow und die Ministerpräsidenten der Republiken angehören würden. Einen entsprechenden Erlaß habe er verfügt. In allen Richtungen würden jetzt Entscheidungen getroffen, die zur Einrichtung des Marktsystems führen sollen.

In diesem Zusammenhang habe er eine sehr große Frage an den Bundeskanzler zu richten. Im Westen werde jetzt in vielen Kreisen davon gesprochen, daß es in der Sowjetunion ein Chaos gebe und alles zusammenbreche. Vieles werde gemunkelt. Er beziehe das nicht auf den Bundeskanzler, dessen Position er begrüße. Bei ihm selbst würden solche Berichte nur ein Lächeln auslösen. Was sei schon ein Bedarf von 8 bis 10 Milliarden angesichts der sowjetischen Gesamtproduktion? Sie würden die Bürde der Verantwortung selbst tragen. Es gebe jedoch Engpässe, die größte Gefahren auslösen könnten. Diese Engpässe beträfen vor allem Nahrungsmittel und Gebrauchsgüter des täglichen Bedarfs. Wenn sie jetzt mit dem Markt beginnen, die Preise sich entwickeln würden, müßten sie damit rechnen, daß gerade in der ersten Etappe der Markt leergefegt sei. Später werde man sicher einen Ausgleich schaffen und alles wieder in Ordnung bringen können. Jetzt gehe es aber darum, vorzubeugen, um Unzufriedenheit und ein Scheitern der Reformen zu verhindern. Ein Teil der Kredite, die er brauche, müßten für die Landwirtschaft und für die Nahrungsmittelindustrie aufgebracht werden. Große Programme seien vorgesehen. Es sei selbstverständlich, daß diese Zusammenarbeit nach dem Prinzip des gegenseitigen Vorteils erfolgen müsse. Er habe heute dem Bundespräsidenten gesagt, daß die deutschen Geschäftsleute als erste den Vorteil der militärischen Konversion erkannt hätten und auch die Vorteile einer Zusammenarbeit im Bereich der Energie und auf anderen Gebieten.

Er wolle darauf offen antworten, erwiderte der Bundeskanzler. Seit einem Jahr würden sie sehr direkt und sehr freundschaftlich miteinander sprechen. Er sei sehr froh darüber, daß sich ein persönliches Verhältnis entwickelt habe. Das gelte auch für ihn, warf Präsident Gorbatschow ein.

Der Bundeskanzler bekräftigte, daß er entschlossen sei, diese persönliche Beziehung fortzusetzen. Er wünsche dem Präsidenten Erfolg, weil es keine Alternative zu seiner Politik gebe. Viele würden immer wieder fragen, was geschehen werde, wenn der Präsident es nicht schaffen sollte. In diesem Zusammenhang werde von einem drohenden Bonapartismus gesprochen.

Das alles sei verständlich, und er habe auch darüber gelesen, erwiderte Präsident Gorbatschow. Er selbst dramatisiere die Lage nicht, aber es gebe Leute, die darüber sprächen.

Der Bundeskanzler erklärte, daß er sowohl als Helmut Kohl als auch als deutscher Bundeskanzler auf Präsident Gorbatschow setze, aber nicht auf alle anderen in Moskau. Gerade als Deutscher setze er auf den Präsidenten, weil er Gutes erreichen wolle. Er könne sich nicht wie ein normaler Zuschauer verhalten, für den die Geschichte weitergehe. Dann könne alles plötzlich zu spät sein.

Wenn er aber auf den Präsidenten setze, seien zwei Dinge erforderlich: Er müsse wissen, was der Präsident wirklich wolle. Wir wüßten zu wenig. Deshalb spreche er auch von einer Unterstützung durch Experten, wobei er nicht nur von Deutschen spreche. Er glaube, daß die Zeit dränge und kurzfristige, aber auch langfristige Maßnahmen erforderlich seien. Aus seiner Sicht brauche der Präsident jetzt Luft zum Atmen.

Er sehe die Lage wie folgt: Vor vier Wochen habe er auf dem Europäischen Gipfel in Rom gesagt, daß der Europäische Rat im Dezember

über die Unterstützung für die Sowjetunion beschließen sollte. Das gelte auch für die anderen internationalen Organisationen. Dafür sei eine gute Vorbereitung erforderlich. Deshalb sollten sie jetzt verabreden, daß in zwei bis drei Wochen zwei bis drei Mitarbeiter nach Moskau reisen und auch dort mit ihm persönlich Kontakt haben sollten. Bei diesen Gesprächen, an denen auch sein Mitarbeiter Teltschik teilnehmen sollte, müsse Rom vorbereitet werden. Ministerpräsident Gonzales und EG-Kommissionspräsident Delors als auch andere seien in dieser Frage sehr gutwillig.

Seit dem Sommer hätten sich auch Veränderungen in Washington ergeben. Auf dem Weltwirtschaftsgipfel im Juli in Houston habe es auf amerikanischer Seite noch Zurückhaltung gegeben. Gestern habe er noch in einem Telefonat mit Präsident Bush unterstrichen, wie positiv es sei, daß es in der Frage der Golf-Krise eine enge Zusammenarbeit zwischen den USA und der Sowjetunion gebe. So habe er beispielsweise Präsident Bush die Frage gestellt, in welcher Situation sie sich heute befinden würden, wenn Ustinow noch Verteidigungsminister in Moskau wäre.

Es ginge ihm jetzt darum, eine vernünftige Hilfe für Präsident Gorbatschow zu organisieren. Niemand sei bereit, in ein Faß ohne Boden Geld zu investieren. Deshalb werde es mehr darum gehen, für den bevorstehenden Winter Nahrungsmittel und Güter des täglichen Bedarfs zur Verfügung zu stellen und eine langfristige Hilfe vorzubereiten.

Letzteres sei besonders wichtig, erwiderte Präsident Gorbatschow. Die Auffassung des Westens sei völlig richtig, daß sich die Sowjetunion zu allererst selbst helfen müsse. Darin liege der Schlüssel aller Probleme. Die bevorstehenden 1 bis 1 1/2 Jahre würden jedoch die schwierigste Phase sein, bis man den Markt erreicht haben werde.

Er wolle den Präsidenten jetzt bewußt als "lieben Freund" ansprechen, fuhr der Bundeskanzler fort. Die Japaner seien an ihn herangetreten, weil sie ihre Position überdenken würden und im Rahmen einer G 7-Aktion mitwirken wollten. Wenn der Präsident bei dem bestehenden Problem mit Japan Bewegungsspielraum habe, wäre das sehr wichtig für ihn zu wissen.

Präsident Gorbatschow erwiderte, daß es sich dabei um eine sehr empfindliche und zugespitzte Frage handele. Selbst Jelzin habe sich dazu öffentlich geäußert. Die Frage werde sehr scharf gestellt und jeder, auch Jelzin, müsse darüber Rechenschaft ablegen, ob sie jetzt dabei seien, sowjetischen Grund und Boden zu verteilen und wegzugeben. Er müsse in bezug auf die territoriale Frage sehr vorsichtig sein. Er wisse nicht, zu welchem Ende dieser Prozeß kommen werde.

Er sei für die wirtschaftliche Zusammenarbeit und auch für die Kooperation in anderen Bereichen. Man könne unterschiedliche Formen wählen. Sie seien auch bereit, den fernen Osten der Sowjetunion für Japan zu öffnen.

Der Bundeskanzler erinnerte daran, daß sich die Geschichte schneller entwickelt habe, als sie es für möglich gehalten hätten, als sie ihre Gespräche begonnen hätten. Er werde deshalb seinem Kollegen Kaifu mitteilen, daß er die wirtschaftliche Zusammenarbeit beginnen solle, um ein anderes Klima zu schaffen. Es wäre für ihn wichtig, wenn er Kaifu sagen könne, daß sich auch in Moskau das Klima verändere, ohne daß die Kernfrage berührt werde. Sie hätten ja auch bei ihren ersten Gesprächen nicht die Kernfrage in den Mittelpunkt gestellt. Er fürchte sonst die Gefahr, daß sich Japan abkapseln werde. Er selbst wolle mit Ministerpräsident Kaifu sprechen und dann den Präsidenten darüber unterrichten.

Er sei damit einverstanden, erwiderte Präsident Gorbatschow. Er werde im Frühjahr nach Japan reisen. Die Zusammenarbeit zwischen

Japan und der Sowjetunion sollte ohne Vorbedingungen beginnen. Das Neue werde dann auch die Periode überwinden, in der sie einstweilen noch keine Übereinstimmung gefunden hätten.

Er habe das verstanden, antwortete der Bundeskanzler. Als nächsten Punkt sprach er seine Sorge über das Wohnungsbauprogramm für die sowjetischen Soldaten an. Er wolle noch einmal seine Bitte an den Präsidenten wiederholen, für die Verhandlungen Bevollmächtigte zu ernennen, die über alle Vollmachten verfügen müßten. Es sei jetzt wichtig, daß das verabredete Programm möglichst rasch in Gang komme. Die Berichte, die er erhalten habe, seien nicht sehr positiv. Das Wohnungsbauprogramm sei aber für sie beide wichtig. In einem Jahr würden sie beide nach den Ergebnissen gefragt werden. Er wünsche sich deshalb, daß der Präsident Druck mache und sie gegebenenfalls telefonieren sollten.

Präsident Gorbatschow erwiderte, daß er genauso verfahren wolle.

Der Bundeskanzler kündigte an, daß er das Programm zur Aus- und Fortbildung von sowjetischen Experten, das 1989 für drei Jahre beschlossen worden sei, fortsetzen und ausbauen wolle.

Das sei gut, erwiderte Präsident Gorbatschow. Ihre Zusammenarbeit und die Unterstützung für Perestroika sei sehr wichtig. Wenn sie jetzt nicht zu einer Verständigung kämen, wann sollten sie gemeinsam wieder eine solche Chance haben? Er fürchte - und das wolle er verhindern -, daß sie Opfer kleinkarierter Wirtschaftsleute werden könnten. Perestroika sei ihre Bürde. Die Pflicht ihrer Partner sei es, ihnen die Möglichkeiten zu sichern, damit sie sich entsprechend bewegen könnten. Ihre Pflicht dagegen sei es, das Land für die Zusammenarbeit zu öffnen. Dies alles müsse sehr rasch erfolgen, weil es bereits jetzt erste Anzeichen für einen konjunkturellen Rückgang im Westen gebe. Deutschland stelle eine Ausnahme dar, warf der Bundeskanzler ein.

Betroffen davon seien die USA und Japan, erklärte Präsident Gorbatschow. Sie würden immer mehr Wertpapiere und Immobilienbesitz verkaufen.

Von diesem Standpunkt aus gesehen als auch in bezug auf die Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen komme ein Erfolg der Perestroika nicht nur der Sowjetunion, sondern auch allen anderen zugute. Er wolle vor allem besonders gute und organische Beziehungen mit Deutschland. Auch die USA würden jetzt an die Tür anklopfen. Sie brauche man vor allem für große Projekte. Die USA wollten dabei auch mit Deutschland zusammenarbeiten, fügte der Bundeskanzler hinzu.

Präsident Gorbatschow fuhr fort, daß auf diese Weise vieles zustandekommen könne und auch die negativen Folgen des Konjunkturrückganges eingedämmt werden könnten. Er sei damit einverstanden, daß in etwa zwei Wochen drei bis vier Fachleute nach Moskau kommen, um die Gipfelberatungen in Rom vorzubereiten.

Er richte jedoch eine besondere Bitte an den Bundeskanzler. Was Deutschland im Bereich der Lebensmittellieferungen bisher geleistet habe, solle in Zukunft auch im EG-Rahmen möglich sein. Er bitte den Bundeskanzler, die Aufmerksamkeit der EG-Partner auf diesen Bedarf zu lenken. Zu dieser Frage habe er eine Gruppe eingerichtet, die von dem 1. stellvertretenden Ministerpräsidenten, Woronin, geleitet werde. Er sei für die Koordination sowohl innerhalb der Sowjetunion als auch gegenüber dem Ausland zuständig. Diese Arbeitsgruppe soll auch in der Verantwortung der Zentralregierung bleiben. Es ginge ihm darum, die Versorgung der Schlüsselzentren der Industrie sicherzustellen.

Was das Wohnungsbauprojekt betreffe, sei er mit den Vorschlägen des Bundeskanzlers einverstanden. Er werde eine entsprechende verantwortliche Arbeitsgruppe einsetzen. Für die Durchführung sollten die Möglichkeiten des Verteidigungsministeriums einbezogen werden.

WALTBORI  
TROTTAM  
SEIN

Der Bundeskanzler unterstrich noch einmal die Notwendigkeit, einen Generalbevollmächtigten zu benennen, der über alle Verantwortlichkeiten verfüge. Das werde er tun und den Bundeskanzler davon unterrichten, erwiderte Präsident Gorbatschow. Er begrüße die Absicht des Bundeskanzlers, auch zukünftig Kader aus- und fortzubilden. Angesichts der Entwicklung zum Markt wachse der Bedarf an Kadern. Bei ihnen gebe es auch ein Sprichwort, das laute: Solange es nicht donnere, werde niemand reagieren.

Der Bundeskanzler sprach noch zwei weitere bilaterale Probleme an. Die Regierungen Polens, der CSFR und Ungarns seien an die Bundesregierung mit der Bitte herangetreten, militärisches Material der früheren NVA erhalten zu können. Die Bundeswehr brauche dieses Material nicht und deshalb sei er bereit, diesen Wünschen zu entsprechen.

Er werde sich das überlegen, erwiderte Präsident Gorbatschow. Inzwischen sei ja alles in Bewegung.

Der Bundeskanzler erläuterte den Umfang des NVA-Materials, das jetzt zur Verfügung stehe. Er habe jedoch nicht die Absicht, solches Wehrmaterial an Länder der Dritten Welt weiterzugeben. Und die Bundeswehr brauche es nicht. Vieles werde man verschrotten müssen. Andererseits könne man doch sagen, daß beispielsweise Polen weder für die Sowjetunion noch für Deutschland Gefahr bedeute. Absolut, warf Präsident Gorbatschow ein. Bundeskanzler: Er wolle das Material auch nicht verkaufen, sondern an diese Länder verschenken. Er habe nur das Interesse, dieses Material möglichst schnell loszuwerden. Daß sie über eine solche Frage so offen sprechen könnten, sei auch ein Ausdruck der Veränderungen, die sich eingestellt hätten. Präsident Gorbatschow wiederholte lachend, daß er dem Bundeskanzler in wenigen Tagen eine Nachricht zu diesem Thema zukommen lasse. Er hoffe auf eine positive Nachricht, erwiderte der Bundeskanzler. Das werde wahrscheinlich so sein, antwortete Präsident Gorbatschow.



Deshalb werde die Sowjetunion 10 Millionen Tonnen Öl liefern.  
Das entspreche dem gegenseitigen Interesse.

In Bezug auf die sowjetischen Soldaten in der ehemaligen DDR sei es sehr wichtig gewesen, daß der Bundespräsident, der Bundeskanzler und sein Stellvertreter zu dieser Frage wichtige Erklärungen abgegeben hätten. Sie hätten große Wirkung in der Sowjetunion gehabt. Für sie sei es sehr wichtig gewesen, daß sich die Bundesregierung bereitgefunden hätte, die Aufenthaltskosten zu übernehmen. Die Präsenz ihrer Truppen sei eine sehr empfindliche Frage. Es sollte nicht zugelassen werden, daß andere Stimmen laut würden. Die militärischen Vertreter im Obersten Sowjet würden auf solche Erklärungen besonders achten.

Der Bundeskanzler erwiderte, daß er die Lage ebenso einschätze. Das Problem bestünde darin, daß Teile der sowjetischen Armee nicht mehr die gleiche Disziplin aufbrächten als früher. Dies sei sicherlich durch die Übergangsphasebedingt. Er habe den Ministerpräsidenten in den fünf neuen Ländern gesagt, daß sie die Kommunalbehörden anweisen sollten, mit den sowjetischen Soldaten engen Kontakt zu halten und sich selbst darum zu kümmern. Er selbst sei entschlossen, im kommenden Frühjahr mit sowjetischen Soldaten zusammenzutreffen und damit eine öffentliche Demonstration für sie durchzuführen. Er wolle das nicht jetzt schon tun, weil dann behauptet würde, daß er das nur wegen des laufenden Wahlkampfes machen würde. Er würde auch Kollegen aus dem Kabinett beauftragen, sich um die sowjetischen Soldaten zu kümmern. Es müsse ein neues Verhältnis zwischen der Bevölkerung und den Soldaten aufgebaut werden. Das sei gut, erklärte Präsident Gorbatschow.

Der Bundeskanzler fuhr fort, daß er ähnliche demonstrative Akte auch gegenüber den amerikanischen Soldaten gemacht habe. Im übrigen gelte generell, daß es immer Probleme gebe, wo Soldaten stationiert seien.

Präsident Gorbatschow stellte völlige Übereinstimmung mit dem Bundeskanzler fest. Sie würden sich auch um dieses Problem kümmern.

Der Bundeskanzler erinnerte Präsident Gorbatschow daran, die vereinbarte gemischte Kommission möglichst bald einzusetzen und zur Arbeit zu bringen.

Präsident Gorbatschow erklärte, daß er es sehr begrüßen würde, wenn es zu normalen und guten Beziehungen zwischen beiden Armeen kommen könne.

Der Bundeskanzler regte an, Besprechungen mit den sowjetischen Kommandeuren in den fünf neuen Bundesländern durchzuführen, um die Voraussetzungen zu schaffen, in den Kasernen selbst Kurse für die berufliche Ausbildung der Soldaten einzurichten. Die Bundesrepublik könne entsprechende Hilfe leisten. Insgesamt würden für ein solches Programm 200 Mio DM zur Verfügung stehen. Er sehe darin eine sehr wichtige Sache. Präsident Gorbatschow warf ein, daß die gemischte Kommission alle diese Probleme besprechen solle.

Der Bundeskanzler bekräftigte noch einmal, wie wichtig es wäre, daß die Soldaten, die ja teilweise demobilisiert werden, die Chance zu solchen Lehrgängen erhalten sollten, z.B. sollten sie Computerkurse, Schweißlehrgänge und anderes mehr besuchen können. Alles das sei wichtiger als viele Reden.

Bevor er über den Golf-Konflikt reden wolle, erklärte Präsident Gorbatschow, von dem er nicht wisse, wie sie aus dem Golf wieder "herausschwimmen" könnten, wolle er noch die Frage des sowjetischen Eigentums in Bezug auf die militärischen Anlagen in der ehemaligen DDR sprechen. Es gebe bereits Geschäftsleute, die an solchen militärischen Anlagen Interesse bezugeten. Ein Teil der Anlagen sei vermietet gewesen und kehre jetzt in die Verfügung der Eigentümer zurück. Es gebe darüber hinaus sowjetisches Eigentum, das verkauft werden könne oder für gemeinsame Unternehmen zur Verfügung stehe.

Der Bundeskanzler wies in diesem Zusammenhang auf das deutsche Interesse an dem sowjetischen Militärflugplatz in der Umgebung Berlins hin. Er sei mit den Überlegungen des Präsidenten sehr einverstanden. Wenn der Präsident oder er selbst den Eindruck gewinnen sollten, daß die Abwicklung dieser Fragen ins Stocken gerate, dann sollten sie telefonisch sofort in Verbindung treten.

Präsident Gorbatschow stimmte zu. Er sei sehr an der Einrichtung einer direkten Telefonverbindung, die abhörsicher sei, interessiert. Der Bundeskanzler erklärte sich einverstanden.

Präsident Gorbatschow erläuterte die sowjetische Position zum Golf-Konflikt. Es handele sich um ein so großes Problem, daß er überlegen müsse, wo er beginnen solle. Sie seien jetzt auf die Probe gestellt, wie sie mit der Krise verfahren würden, anders, als sie es früher getan hätten. Das entscheidende Ziel bestehe darin, daß alle gemeinsam nicht verlieren dürften. Saddam Hussein müsse bestraft werden. Die Lage könne nicht so bleiben, wie sie heute sei. Das sei vor allem für die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen sehr wichtig. Er habe in diesen Tagen einen Brief an Präsident Bush geschrieben und versichert, daß sie zu ihrer prinzipiellen Position stünden, die sie mit den USA gemeinsam ausgearbeitet hätten. Gleichzeitig hätten sie jedoch das Gefühl, daß es an internen Problemen in den USA läge, die darauf hindeuteten, daß die Zeit, die zur Lösung der Probleme zur Verfügung stünde, immer kürzer werde.

Der Bundeskanzler führte aus, daß der Umgang mit den amerikanischen Geiseln im Irak zu einem entscheidenden Problem werden könne. Saddam Hussein spiele in dieser Frage mit den Feuer. In den USA könne die Meinung innerhalb weniger Stunden umkippen, wenn den Geiseln etwas zustoße. Das sei ein besonders gefährlicher Punkt. Wenn ein Krieg als Lösung ausscheiden solle, müßten alle Geiseln freigelassen werden. Es wäre eine totale Katastrophe, wenn alle Geiseln freikämen, aber nicht die amerikanischen.

Ein anderer Punkt sei der, daß es in dieser Region noch andere Staaten gebe, denen ein Krieg durchaus gelegen käme. Syrien würde beispielsweise über den Ausbruch eines Krieges sicherlich nicht weinen. Auch Israel werde keinen positiven Einfluß auf diesen Konflikt nehmen. Sicherlich sei eine solche Haltung töricht, weil auch Israel am Ende keinen Vorteil gewinnen könne. Israel verfüge jedoch über einen ungeheuren Einfluß in den Vereinigten Staaten von Amerika, wenn auch Präsident Bush gegenüber Israel weniger gebunden sei als sein Vorgänger Reagan. Das sei sicherlich sehr positiv zu bewerten. Bush und Baker seien gegenüber Israel und den Juden in den USA unabhängiger, als es Reagan und Shultz gewesen seien oder Nancy.

Er glaube, erwiderte Präsident Gorbatschow, daß sie jetzt das Bewußtsein von Präsident Bush und seiner Umgebung stärken müßten, damit alles getan werde, daß es jetzt in der ersten Etappe zu keiner Niederlage komme, sondern die Geschlossenheit aufrechterhalten bleibe. Es dürfe keine Risse zwischen ihnen geben und alle müßten einig bleiben. Die Region sei in Bezug auf die Produktion von Erdöl noch immer intakt. Das Öl fließe nach wie vor. Die Blockade werde aufrechterhalten. Alle diese Maßnahmen als Schwäche oder als Niederlage zu verstehen, wäre eine falsche Schlußfolgerung.

Saddam Hussein beginne zu begreifen, daß es ihm nicht gelungen sei, die Gemeinschaft der Staaten, die sich gegen ihn gestellt hätten, zu spalten. Er spekuliere damit, daß eine militärische Lösung für alle verheerend sein werde. Er rechne deshalb mit politischen Bemühungen zur Lösung der Krise.

Man müsse deshalb jetzt hart bleiben und den Druck auf Saddam Hussein erhöhen. Nur in diesem Sinne sei eine militärische Demonstration zu rechtfertigen. Eine Lösung mit politischen Mitteln dürfe jedoch deshalb nicht von der Tagesordnung gestrichen werden. In seinem

Gespräch mit US-Außenminister Baker hätten sie den gemeinsamen Schluß gezogen, daß jetzt weitere Schritte unternommen werden sollten, um Saddam Hussein zu zwingen, Kuwait zu verlassen. Die sowjetische Regierung denke über solche Schritte auch nach. Wenn sie neue Maßnahmen entscheiden sollten, werde er den Bundeskanzler darüber unterrichten. Die nächste Möglichkeit für ein Gespräch werde sich in Paris ergeben, und dort könne man die gemeinsame Haltung abstimmen.

Die Sowjetunion habe rd. 3.000 Geiseln im Irak. Dennoch wäre eine militärische Lösung eine Angelegenheit mit vielen Unbekannten.

Der Bundeskanzler bestätigte, daß man zwar den Anfang einer militärischen Lösung kenne, jedoch nicht wisse, wie ihr Ende aussehen werde. Genau das sei das Problem, warf der Präsident ein. Der Bundeskanzler verwies auf die geschichtlichen Erfahrungen der Deutschen, die immer wieder Schlachten gewonnen, aber den Krieg meistens verloren hätten.

Dies sei richtig, erwiderte Präsident Gorbatschow. Die Amerikaner würden sie immer an die Geschichte vor dem Zweiten Weltkrieg erinnern. Damals sei der Aggressor besänftigt worden. Aber es sei nicht möglich, die damalige Situation mit der heutigen absolut zu vergleichen. Die Zeiten seien heute anders. Der Irak sei der Irak und im Vergleich nicht so stark wie der Aggressor in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg.

Die neue Etappe, die man jetzt in den internationalen Beziehungen erreicht habe, erfordere politische Lösungen. Sonst könne es eine Niederlage geben. Jetzt müsse man eine neue Phase erreichen und irgendein Ultimatum gegenüber Saddam Hussein anstreben.

Der Bundeskanzler erklärte, daß es jetzt vor allem darum ginge, die Geiseln herauszuholen. Diese Frage löse den stärksten Druck auf Präsident Bush aus. Wenn die Geiseln freikämen, werde der

innenpolitische Druck auf Präsident Bush geringer sein.

Präsident Gorbatschow berichtete, daß die USA in ihren Gesprächen große Bedeutung auf den Staat Kuwait legen würden. Mrs. Thatcher übe ebenfalls starken Einfluß aus. Beiden ginge es vor allem auch darum, daß der Irak auch nach einem Rückzug nicht über ein solch großes militärisches Potential verfügen dürfe.

Der Bundeskanzler wiederholte, daß er fest davon überzeugt sei, daß die amerikanische Administration das Geiselnproblem aushalten könne. Er wisse jedoch, daß die öffentliche Meinung in den USA dazu führen könne, daß sich die Position des amerikanischen Senats innerhalb von 24 Stunden ändere.

Präsident Gorbatschow erinnerte in diesem Zusammenhang an die amerikanische Haltung anlässlich der Geiselnfrage im Iran und an die verunglückte Hubschrauberaktion. Diese Aktion sei in Cowboy-Manier durchgeführt worden.

Der Bundeskanzler unterstrich noch einmal, daß alles getan werden müsse, den Irak zu veranlassen, alle Geiseln freizugeben.

Präsident Gorbatschow stimmte zu.

Der Bundeskanzler fuhr fort, daß die Chancen für eine Verhandlungslösung größer wären, wenn die Geiseln ausgereist seien. Im übrigen glaube er nicht, daß die Geschlossenheit der internationalen Staatenwelt gegenüber dem Irak gefährdet sei.

Präsident Gorbatschow bekräftigte noch einmal, daß es darum gehen müsse, den Zustand in Kuwait vor dem 2. August wieder herzustellen. Dann sei alles weitere lösbar.

Der Bundeskanzler wies darauf hin, daß der Golfkonflikt nicht das einzige Problem in dieser Region sei, und damit jongliere

Saddam Hussein. Er erinnere nur an das ungelöste Problem der Palästinenser.

Präsident Gorbatschow stimmte zu. Wenn man über den Persischen Golf rede, dann sei offensichtlich, daß die Lage in dieser Region insgesamt explosiv sei. Deshalb müsse auch über alle anderen Probleme gesprochen werden.

Der Bundeskanzler berichtete, daß auf dem Europäischen Gipfel in Rom alle dieser Auffassung gewesen seien bis auf Mrs. Thatcher. Aber es sei deutlich, daß sich ihr Gewicht auch in Washington verändert habe. Das sei nicht mehr so groß wie zu Zeiten von Präsident Reagan, erklärte Präsident Gorbatschow.

Es sei kein Zufall, fuhr der Bundeskanzler fort, daß der Präsident und er heute mit Präsident Bush besser zusammenarbeiten könnten. Bush sei ein sehr verlässlicher Mann, der keine Vormundschaft wolle. Er wisse, wie sehr Präsident Bush den sowjetischen Präsidenten und ihn respektiere. Bush sei ein Mann, der für die Zusammenarbeit sehr gerne ein freundschaftliches Verhältnis suche. Das Angebot von Präsident Bush an die Deutschen, Partner in der Führung zu sein, sei für Premierministerin Thatcher nicht angenehm gewesen. Sie nutze jetzt die Golfkrise als Gelegenheit, ihre Beziehungen zu Präsident Bush zu verbessern. Sicherlich müsse man für die Zukunft in Bezug auf die Golfkrise alles einkalkulieren, auch die Möglichkeit eines Krieges, sonst habe man die Situation, wie sie 1938 geherrscht habe. Präsident Gorbatschow stimmte zu.

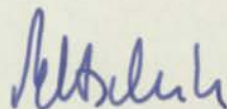
Der Bundeskanzler fuhr fort, daß man aber wissen müsse, wie das Ergebnis aussehen solle.

Präsident Gorbatschow berichtete über sein gestriges Gespräch mit US-Außenminister Baker. Er habe ihm gesagt, daß sie alle unter der UN-Flagge handeln müßten. Er habe abgeraten, den Weg nach Artikel 51 einzuschlagen. Der Bundeskanzler stimmte zu.

Präsident Bush werde in einer Woche in Deutschland sein, und er werde mit ihm in diesem Sinne reden. Wenn es der Präsident für nützlich halte, daß er mit Präsident Bush in diesem Sinne rede, solle er es ihm sagen.

Präsident Gorbatschow stimmte zu. Er werde das auch tun. In dieser Lage müßten sie Präsident Bush und das ganze amerikanische Volk spüren lassen, daß sie die Kontinuität in der gemeinsamen Position aufrechterhalten. Und verlässlich seien, fügte der Bundeskanzler hinzu. Präsident Gorbatschow stimmte zu.

Das Gespräch wurde im Delegationskreis fortgeführt.



( Teltschik )

AL 2

Bonn, den 13. November 1990

**V e r m e r k**

**über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem sowjetischen Präsidenten M.S. Gorbatschow am 9. November 1990, 15.15 bis 17.00 Uhr im Bundeskanzleramt<sup>[1]</sup>**

Teilnehmer:

A.S. Tschernjajew, Berater des Präsidenten  
Abteilungsleiter 2  
Dolmetscher

Einleitend weist Präsident Gorbatschow auf den sonnigen Herbsttag hin, der für seinen Besuch in Deutschland gewissermaßen symbolisch sei.

Der Bundeskanzler begrüßte Präsident Gorbatschow sehr herzlich und überreichte ihm ein persönliches Geschenk. Anschließend sprach er die innere Lage in der Sowjetunion an. Er sei über die Schüsse auf dem Roten Platz erschrocken, als er davon gehört habe. Es sei ja erst wenige Wochen her, daß sein Kollege und Freund, Innenminister Schäuble, angeschossen worden und seitdem gelähmt sei.

Präsident Gorbatschow berichtete, daß es in Moskau viele spontane Demonstrationen von unten gebe. Wenn die deutsche Presse über alle Losungen berichtet habe, dann konnte der Bundeskanzler sicherlich feststellen, daß sie alle sehr interessant gewesen seien. Früher seien solche Losungen in Partei- und Gewerkschaftsorganisationen vorbereitet worden. Heute schreibe jeder selbst seine Losung. Das sei Ausdruck des Pluralismus in der Sowjetunion. Diese Losungen richteten sich vor allem an den Präsidenten, der aufgefordert werde, für Pluralismus, für Markt, für Demokratie, aber gegen Arbeitslosigkeit einzutreten. Unendlich viele Appelle habe es in dieser Form an ihn gegeben. Er habe deshalb den neben ihm stehenden Ryschkow gefragt, ob sie eigentlich eine Regierung hätten oder nicht, weil sich alle diese Aufrufe an ihn und nicht an die Regierung richten würden.

In ihren Losungen seien die Menschen auch für den Erhalt der Union, für nationale Auferstehung, aber gegen Nationalismus eingetreten. Die Losungen hätten sich auch an ihn und an Jelzin gemeinsam gerichtet, daß sie beide an das Schicksal des Landes denken sollten. Am Vorabend der Revolutionsfeier habe eine feierliche, aber ungewöhnliche Sitzung stattgefunden, weil dort jeder sagen konnte und gesagt habe, was er wollte. Zum Schluß der Sitzung habe ein Arbeiter über das Thema Gorbatschow / Jelzin gesprochen, und der Saal habe ihm applaudiert. Als er das Präsidium verlassen habe, habe Jelzin auf ihn gewartet. Als er ihn begrüßt habe, habe sie der ganze Saal beobachtet.

In der Sowjetunion sei jetzt alles in Bewegung. Was sei jedoch tatsächlich geschehen? Am Vorabend der Revolutionsfeier hätten sie darüber diskutiert, ob eine solche Feier oder Paraden erforderlich seien. Er sei gerade aus Spanien zurückgekommen. Er habe einen Erlaß herausgegeben, daß die Parade nach dem bisherigen Verfahren durchgeführt werden solle. Ebenso habe er seine Zustimmung zu den Demonstrationen gegeben. Dieser Erlaß habe überall im Lande Diskussionen ausgelöst. Damit sei von der Bevölkerung ein sehr mächtiges Signal gegeben worden. Für die Menschen habe es keinen Zwang gegeben, und sie seien freiwillig zu den Manifestationen gegangen.

Überall habe es militärische Paraden und Manifestationen gegeben, auch in den Ostsee-Republiken. In der Stadt Riga mit 120.000 Einwohnern seien Letten und Russen fast so wie in Moskau unterwegs gewesen. Die Teilnehmer der militärischen Paraden seien mit Blumen überschüttet worden. Es habe insgesamt eine massive Bewegung gegeben und alles sei in einer relativen Ruhe verlaufen, Wohin bewege sich die Entwicklung?

Diese Ereignisse seien für die sowjetische Führung ein Signal gewesen. Sie hätten eine klare Vorstellung von der Entwicklung der Prozesse vermittelt, insbesondere die Notwendigkeit unterstrichen, für Stabilisierung und Konsolidierung, für Ordnung und

Disziplin zu sorgen und Separatismus und Nationalismus zu verhindern.

Was wolle Jelzin, fragte der Bundeskanzler. Wolle er an den Platz, den jetzt der Präsident einnehme?

Sie wüßten nicht, was Jelzin wolle, erwiderte Präsident Gorbatschow. Jelzin sei ein Spielzeug in den Händen bestimmter Kräfte. Er kenne ihn sehr lange. Er kenne von Jelzin alles, auch das, was andere nicht wüßten. Seiner Natur nach sei Jelzin zerstörerisch. Dort, wo er etwas schaffen solle, bringe er nichts zustande. Jelzin sei von Geburt an ein Oppositioneller gewesen. Dennoch könne man mit ihm etwas anfangen. Er habe sich mit Jelzin für den 11. November erneut zu einem Gespräch verabredet.

Inzwischen würden sich die Menschen in der Sowjetunion allmählich zurechtfinden. Es gebe zwar viele Erklärungen demagogischen Charakters und viele Konfrontationen. Die Menschen seien ihrer aber überdrüssig und würden sie beiseite schieben. Jelzin spüre diese Entwicklung und denke über neue taktische Schritte nach. Die Rede von Jelzin von Mitte Oktober habe viel Schaden angerichtet. Das gelte für alle. Heute herrsche in der Gesellschaft und in den Republiken die Stimmung vor, möglichst rasch den Unionsvertrag abzuschließen.

Der Bundeskanzler fragte den Präsidenten, ob die Zentralregierung im Rahmen eines solchen Unionsvertrages Rechte an die Republiken abgeben müsse. Es gehe jetzt darum, antwortete Präsident Gorbatschow, daß das Zentrum alle Verantwortlichkeiten abgebe, die in der Zuständigkeit der Regionen liegen sollten. Das Ziel sei also eine Art Föderalismus, warf der Bundeskanzler ein.

Präsident Gorbatschow bejahte dies. Das Prinzip des Föderalismus sei ursprünglich ja auch Bestandteil des Staatsnamens gewesen.

In Wirklichkeit sei jedoch alles zentral geregelt worden. Die Republiken, die Regionen und die Menschen müßten jedoch ihre Freiheit haben. Allerdings sei jetzt festzustellen, daß auch nationalistische Töne wieder laut würden. Die Nationalisten würden jedoch spüren, daß ihre Zeit vorbei sei. Man habe selbst in Litauen verstanden, daß die Politik von Landsbergis in die Sackgasse führe. Die Ministerpräsidenten aller drei Ostsee-Republiken würden gemeinsam mit Ministerpräsident Ryschkow in der staatlichen Plankommission zusammensitzen, um die Planungen für das neue Jahr vorzubereiten, weil sie überleben müßten. Auch in der Republik Moldau, in Armenien, in Aserbeidschan, habe man verstanden, was das bedeute.

Der Bundeskanzler bekräftigte, daß ein Erfolg von Präsident Gorbatschow für Deutschland und für Europa wichtig sei. Deshalb sei es notwendig, die auseinanderstrebenden Nationalitäten unter ein Dach zusammenzufügen.

Präsident Gorbatschow erwiderte, daß in der Gesellschaft große Entschlossenheit vorhanden sei, die dazu führe, daß härteste Maßnahmen des Präsidenten akzeptiert würden. Er strebe eine Lösung über einen Unionsvertrag und nicht über einen anderen Weg an.

Der Bundeskanzler erläuterte, daß heute kein Staat mehr einen Zentralismus aufrechterhalten könne. Die Menschen lehnten den Zentralismus ab, weil sie alle ihren eigenen persönlichen Bereich wünschten.

Deutschland sei nur eine Nation, warf Präsident Gorbatschow ein, und dennoch gebe es diese Erfahrung. In der Sowjetunion gebe es dagegen viele verschiedene Nationalitäten, die alle ihre eigenen Interessen vertreten würden.

Der Bundeskanzler fragte den Präsidenten nach dem Stand der Wirtschaftsreform. Die Bundesregierung sei bereit, mit Experten zu helfen, wenn der Präsident ein solches Angebot aufgreifen wolle.

Präsident Gorbatschow erläuterte, daß sie nicht dabei seien, die Wirtschaftsreformen abzubremsen. Ein solcher Eindruck wäre falsch. Sie seien dabei, die Formen des Eigentums zu reformieren und eine gemischte Wirtschaft zu schaffen. Sie werde staatliches Eigentum, Kooperativen, Aktiengesellschaften und andere Formen von Eigentum umfassen. Das wichtigste Ziel, das er erreichen wolle, sei Selbständigkeit und Eigenverantwortung und das Recht, über die Arbeitsergebnisse selbst verfügen zu können. "Wir marschieren jetzt in Richtung Markt". Das geschehe aber in der Weise, daß sie es der Wirtschaft ermöglichen wollen, in Richtung Markt zu gehen,

ohne daß dabei Fehler gemacht würden.

Es werde immer die Frage gestellt, warum diese Entscheidung nicht schon im Frühjahr getroffen worden sei. Sie hätten jedoch feststellen müssen, daß noch im April 82 bis 86 % der Menschen gegen den Markt eingestellt gewesen seien. Heute seien bereits die meisten dafür. Es sei deshalb wichtig gewesen, das Bewußtsein der Menschen zu verändern. Jetzt könnten sie entschiedener handeln. Sie würden jetzt große Maßnahmen einleiten, um das Budgetdefizit zu reduzieren, die Finanzen zu sanieren, den Rubel zu stabilisieren und die Preispolitik zu ändern. Zukünftig sollten die Weltmarktpreise gelten. Alles zusammen solle zur Stabilisierung der Wirtschaft beitragen. Gleichzeitig hätten sie einen Weg beschlossen, die Unternehmen zu entstaatlichen. Schritt für Schritt würden sie jetzt große Entscheidungen treffen.

In der jetzigen Etappe seien sie auch dabei, die Währungspolitik zu ändern. Die Republiken hätten teilweise keinen einzigen Dollar oder D-Mark zur Verfügung gehabt. Die Vertreter aus der Ukraine hätten berichtet, daß sie nicht in der Lage seien, 40.000 bis 60.000 Dollar für Ausrüstungen aufzubringen, um Versorgungsgüter in der Größenordnung von 4 Milliarden zu produzieren.

Die Suche nach Kriterien für eine vernünftige Währungspolitik habe gezeigt, daß das nicht einfach sei. Er habe deshalb einen Währungsausschuß geschaffen, dem an der Spitze Ministerpräsident Ryschkow und die Ministerpräsidenten der Republiken angehören würden. Einen entsprechenden Erlaß habe er verfügt. In allen Richtungen würden jetzt Entscheidungen getroffen, die zur Einrichtung des Marktsystems führen sollen.

In diesem Zusammenhang habe er eine sehr große Frage an den Bundeskanzler zu richten. Im Westen werde jetzt in vielen Kreisen davon gesprochen, daß es in der Sowjetunion ein Chaos gebe und alles zusammenbreche. Vieles werde gemunkelt. Er beziehe das nicht auf den Bundeskanzler, dessen Position er begrüße. Bei ihm selbst würden solche Berichte nur ein Lächeln auslösen. Was sei schon ein Bedarf von 8 bis 10 Milliarden angesichts der sowjetischen Gesamtproduktion? Sie würden die Bürde der Verantwortung selbst tragen. Es gebe jedoch Engpässe, die größte Gefahren auslösen könnten. Diese Engpässe beträfen vor allem Nahrungsmittel und Gebrauchsgüter des täglichen Bedarfs. Wenn sie jetzt mit dem Markt beginnen, die Preise sich entwickeln würden, müßten sie damit rechnen, daß gerade in der ersten Etappe der Markt leergefegt sei.

Später werde man sicher einen Ausgleich schaffen und alles wieder in Ordnung bringen können. Jetzt gehe es aber darum, vorzubeugen, um Unzufriedenheit und ein Scheitern der Reformen zu verhindern. Ein Teil der Kredite, die er brauche, müßten für die Landwirtschaft und für die Nahrungsmittelindustrie aufgebracht werden. Große Programme seien vorgesehen. Es sei selbstverständlich, daß diese Zusammenarbeit nach dem Prinzip des gegenseitigen Vorteils erfolgen müsse. Er habe heute dem Bundespräsidenten gesagt, daß die deutschen Geschäftsleute als erste den Vorteil der militärischen Konversion erkannt hätten und auch die Vorteile einer Zusammenarbeit im Bereich der Energie und auf anderen Gebieten.

Er wolle darauf offen antworten, erwiderte der Bundeskanzler. Seit einem Jahr würden sie sehr direkt und sehr freundschaftlich miteinander sprechen. Er sei sehr froh darüber, daß sich ein persönliches Verhältnis entwickelt habe. Das gelte auch für ihn, warf Präsident Gorbatschow ein.

Der Bundeskanzler bekräftigte, daß er entschlossen sei, diese persönliche Beziehung fortzusetzen. Er wünsche dem Präsidenten Erfolg, weil es keine Alternative zu seiner Politik gebe. Viele würden immer wieder fragen, was geschehen werde, wenn der Präsident es nicht schaffen sollte. In diesem Zusammenhang werde von einem drohenden Bonapartismus gesprochen.

Das alles sei verständlich, und er habe auch darüber gelesen, erwiderte Präsident Gorbatschow. Er selbst dramatisiere die Lage nicht, aber es gebe Leute, die darüber sprächen.

Der Bundeskanzler erklärte, daß er sowohl als Helmut Kohl als auch als deutscher Bundeskanzler auf Präsident Gorbatschow setze, aber nicht auf alle anderen in Moskau. Gerade als Deutscher setze er auf den Präsidenten, weil er Gutes erreichen wolle. Er könne sich nicht wie ein normaler Zuschauer verhalten, für den die Geschichte weitergehe. Dann könne alles plötzlich zu spät sein.

Wenn er aber auf den Präsidenten setze, seien zwei Dinge erforderlich: Er müsse wissen, was der Präsident wirklich wolle. Wir wüßten zu wenig. Deshalb spreche er auch von einer Unterstützung durch Experten, wobei er nicht nur von Deutschen spreche. Er glaube, daß die Zeit dränge und kurzfristige, aber auch langfristige Maßnahmen erforderlich seien. Aus seiner Sicht brauche der Präsident jetzt Luft zum Atmen.

Er sehe die Lage wie folgt: Vor vier Wochen habe er auf dem Europäischen Gipfel in Rom gesagt, daß der Europäische Rat im Dezember über die Unterstützung für die Sowjetunion beschließen solle. Das gelte auch für die anderen internationalen Organisationen. Dafür sei eine gute Vorbereitung erforderlich. Deshalb sollten sie jetzt verabreden, daß in zwei bis drei Wochen zwei bis drei Mitarbeiter nach Moskau reisen und auch dort mit ihm persönlich Kontakt haben sollten. Bei diesen Gesprächen, an denen auch sein Mitarbeiter Teltschik teilnehmen solle, müsse Rom vorbereitet werden. Ministerpräsident Gonzales und EG-Kommissionspräsident Delors als auch andere seien in dieser Frage sehr gutwillig.

Seit dem Sommer hätten sich auch Veränderungen in Washington ergeben. Auf dem Weltwirtschaftsgipfel im Juli in Houston habe es auf amerikanischer Seite noch Zurückhaltung gegeben. Gestern habe er noch in einem Telefonat mit Präsident Bush unterstrichen, wie positiv es sei, daß es in der Frage der Golf-Krise eine enge Zusammenarbeit zwischen den USA und der Sowjetunion gebe. So habe er beispielsweise Präsident Bush die Frage gestellt, in welcher Situation sie sich heute befinden würden, wenn Ustinow noch Verteidigungsminister in Moskau wäre.

Es ginge ihm jetzt darum, eine vernünftige Hilfe für Präsident Gorbatschow zu organisieren. Niemand sei bereit, in ein Faß ohne Boden Geld zu investieren. Deshalb werde es mehr darum gehen, für den bevorstehenden Winter Nahrungsmittel und Güter des täglichen Bedarfs zur Verfügung zu stellen und eine langfristige Hilfe vorzubereiten.

Letzteres sei besonders wichtig, erwiderte Präsident Gorbatschow. Die Auffassung des Westens sei völlig richtig, daß sich die Sowjetunion zu allererst selbst helfen müsse. Darin liege der Schlüssel aller Probleme. Die bevorstehenden 1 bis 1 1/2 Jahre würden jedoch die schwierigste Phase sein, bis man den Markt erreicht haben werde.

Er wolle den Präsidenten jetzt bewußt als "lieben Freund" ansprechen, fuhr der Bundeskanzler fort. Die Japaner seien an ihn herangetreten, weil sie ihre Position überdenken würden und im Rahmen einer G 7-Aktion mitwirken wollten. Wenn der Präsident bei dem bestehenden Problem mit Japan Bewegungsspielraum habe, wäre das sehr wichtig für ihn zu wissen.

Präsident Gorbatschow erwiderte, daß es sich dabei um eine sehr empfindliche und zugespitzte Frage handele. Selbst Jelzin habe sich dazu öffentlich geäußert. Die Frage werde sehr scharf gestellt und jeder, auch Jelzin, müsse darüber Rechenschaft ablegen, ob sie jetzt dabei seien, sowjetischen Grund und Boden zu verteilen und wegzugeben. Er müsse in Bezug auf die territoriale Frage sehr vorsichtig sein. Er wisse nicht, zu welchem Ende dieser Prozeß kommen werde.

Er sei für die wirtschaftliche Zusammenarbeit und auch für die Kooperation in anderen Bereichen. Man könne unterschiedliche Formen wählen. Sie seien auch bereit, den fernen Osten der Sowjetunion für Japan zu öffnen.

Der Bundeskanzler erinnerte daran, daß sich die Geschichte schneller entwickelt habe, als sie es für möglich gehalten hätten, als sie ihre Gespräche begonnen hätten. Er werde deshalb seinem Kollegen Kaifu mitteilen, daß er die wirtschaftliche Zusammenarbeit beginnen solle, um ein anderes Klima zu schaffen. Es wäre für ihn wichtig, wenn er Kaifu sagen könne, daß sich auch in Moskau das Klima verändere, ohne daß die Kernfrage berührt werde. Sie hätten ja auch bei ihren ersten Gesprächen nicht die Kernfrage in den Mittelpunkt gestellt. Er fürchte sonst die Gefahr, daß sich Japan abkapseln werde. Er selbst wolle mit Ministerpräsident Kaifu sprechen und dann den Präsidenten darüber unterrichten.

Er sei damit einverstanden, erwiderte Präsident Gorbatschow. Er werde im Frühjahr nach Japan reisen. Die Zusammenarbeit zwischen Japan und der Sowjetunion sollte ohne Vorbedingungen beginnen. Das Neue werde dann auch die Periode überwinden, in der sie einstweilen noch keine Übereinstimmung gefunden hätten.

Er habe das verstanden, antwortete der Bundeskanzler. Als nächsten Punkt sprach er seine Sorge über das Wohnungsbauprogramm für die sowjetischen Soldaten an. Er wolle noch einmal seine Bitte an den Präsidenten wiederholen, für die Verhandlungen Bevollmächtigte zu ernennen, die über alle Vollmachten verfügen müßten. Es sei jetzt wichtig, daß das verabredete Programm möglichst rasch in Gang komme. Die Berichte, die er erhalten habe, seien nicht sehr positiv. Das Wohnungsbauprogramm sei aber für sie beide wichtig. In einem Jahr würden sie beide nach den Ergebnissen gefragt werden. Er wünsche sich deshalb, daß der Präsident Druck mache und sie gegebenenfalls telefonieren sollten.

Präsident Gorbatschow erwiderte, daß er genauso verfahren wolle.

Der Bundeskanzler kündigte an, daß er das Programm zur Aus- und Fortbildung von sowjetischen Experten, das 1989 für drei Jahre beschlossen worden sei, fortsetzen und ausbauen wolle.

Das sei gut, erwiderte Präsident Gorbatschow. Ihre Zusammenarbeit und die Unterstützung für Perestroika sei sehr wichtig. Wenn sie jetzt nicht zu einer Verständigung kämen, wann sollten sie gemeinsam wieder eine solche Chance haben? Er fürchte - und das wolle er verhindern -, daß sie Opfer kleinkariierter Wirtschaftsleute werden könnten. Perestroika sei ihre Bürde. Die Pflicht ihrer Partner sei es, ihnen die Möglichkeiten zu sichern, damit sie sich entsprechend bewegen könnten. Ihre Pflicht dagegen sei es, das Land für die Zusammenarbeit zu öffnen. Dies alles müsse sehr rasch erfolgen, weil es bereits jetzt erste Anzeichen für einen konjunkturellen Rückgang im Westen gebe. Deutschland stelle eine Ausnahme dar, warf der Bundeskanzler ein.

Betroffen davon seien die USA und Japan, erklärte Präsident Gorbatschow. Sie würden immer mehr Wertpapiere und Immobilienbesitz verkaufen. Von diesem Standpunkt aus gesehen als auch in Bezug auf die Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen komme ein Erfolg der Perestroika nicht nur der Sowjetunion, sondern auch allen anderen zugute. Er wolle vor allem besonders gute und organische Beziehungen mit Deutschland. Auch die USA würden jetzt an die Tür anknöpfen. Sie brauche man vor allem für große Projekte. Die USA wollten dabei auch mit Deutschland zusammenarbeiten, fügte der Bundeskanzler hinzu.

Präsident Gorbatschow fuhr fort, daß auf diese Weise vieles zustande kommen könne und auch die negativen Folgen des Konjunkturrückganges eingedämmt werden könnten. Er sei damit einverstanden, daß in etwa zwei Wochen drei bis vier Fachleute nach Moskau kommen, um die Gipfelberatungen in Rom vorzubereiten.

Er richte jedoch eine besondere Bitte an den Bundeskanzler. Was Deutschland im Bereich der Lebensmittellieferungen bisher geleistet habe, solle in Zukunft auch im EG-Rahmen möglich sein. Er bitte den Bundeskanzler, die Aufmerksamkeit der EG-Partner auf diesen Bedarf zu lenken. Zu dieser Frage habe er eine Gruppe eingerichtet, die von dem I. stellvertretenden Ministerpräsidenten, Woronin, geleitet werde. Er sei für die Koordination sowohl innerhalb der Sowjetunion als auch gegenüber dem Ausland zuständig. Diese Arbeitsgruppe soll auch in der Verantwortung der Zentralregierung bleiben. Es ginge ihm darum, die Versorgung der Schlüsselzentren der Industrie sicherzustellen.

Was das Wohnungsbauprojekt betreffe, sei er mit den Vorschlägen des Bundeskanzlers einverstanden. Er werde eine entsprechende verantwortliche Arbeitsgruppe einsetzen. Für die Durchführung sollten die Möglichkeiten des Verteidigungsministeriums einbezogen werden.

Der Bundeskanzler unterstrich noch einmal die Notwendigkeit, einen Generalbevollmächtigten zu benennen, der über alle Verantwortlichkeiten verfüge. Das werde er tun und den Bundeskanzler davon unterrichten, erwiderte Präsident Gorbatschow. Er begrüße die Absicht des Bundeskanzlers, auch zukünftig Kader aus- und fortzubilden. Angesichts der Entwicklung zum Markt wachse der Bedarf an Kadern. Bei ihnen gebe es auch ein Sprichwort, das laute: Solange es nicht donnere, werde niemand reagieren.

Der Bundeskanzler sprach noch zwei weitere bilaterale Probleme an. Die Regierungen Polens, der CSFR und Ungarns seien an die Bundesregierung mit der Bitte herangetreten, militärisches Material der früheren NVA erhalten zu können. Die Bundeswehr brauche dieses Material nicht und deshalb sei er bereit, diesen

Wünschen zu entsprechen.

Er werde sich das überlegen, erwiderte Präsident Gorbatschow. Inzwischen sei ja alles in Bewegung.

Der Bundeskanzler erläuterte den Umfang des NVA-Materials, das jetzt zur Verfügung stehe. Er habe jedoch nicht die Absicht, solches Wehrmaterial an Länder der Dritten Welt weiterzugeben. Und die Bundeswehr brauche es nicht. Vieles werde man verschrotten müssen. Andererseits könne man doch sagen, daß beispielsweise Polen weder für die Sowjetunion noch für Deutschland Gefahr bedeute. Absolut, warf Präsident Gorbatschow ein.

Bundeskanzler: Er wolle das Material auch nicht verkaufen, sondern an diese Länder verschenken. Er habe nur das Interesse, dieses Material möglichst schnell loszuwerden. Daß sie über eine solche Frage so offen sprechen könnten, sei auch ein Ausdruck der Veränderungen, die sich eingestellt hätten.

Präsident Gorbatschow wiederholte lachend, daß er dem Bundeskanzler in wenigen Tagen eine Nachricht zu diesem Thema zukommen lasse.

Er hoffe auf eine positive Nachricht, erwiderte der Bundeskanzler.

Das werde wahrscheinlich so sein, antwortete Präsident Gorbatschow.

Der Bundeskanzler sprach anschließend die Lage der Rußland-Deutschen an. Die Ausreisezahlen stiegen enorm an. Es sei für beide Seiten wichtig, daß die Rußland-Deutschen in der Sowjetunion blieben. Er begrüße es sehr, daß in dem gemeinsamen großen Vertrag die kulturellen Rechte der Rußland-Deutschen geregelt werden konnten. Er wolle dieses Thema politisch nicht hochziehen, aber es stelle ein Problem dar, das man lösen müsse.

Präsident Gorbatschow gab zu, daß es ein reales Problem gebe. Er sei dabei, eine Lösung zu suchen. Diese solle jedoch von den Regierungen der Republiken selbst ausgehen. Er habe in diesen Tagen dem Akademie-Mitglied Rauschenbach einen Orden verliehen. Rauschenbach stehe an der Spitze der Bewegung der Rußland-Deutschen, und er habe jetzt mit ihm einen Gesprächstermin vereinbart, da ihm Rauschenbach gesagt habe, daß er Lösungsvorschläge habe. Sie wollten jetzt darüber reden.

Der Bundeskanzler sprach die Lage im Golf an. Er sei sehr besorgt.

Präsident Gorbatschow bekräftigte noch einmal, daß es gut sei, daß in dem zweiten deutsch-sowjetischen Vertrag, der unterzeichnet werde, auf die Kontinuität der Wirtschaftsbeziehungen der Sowjetunion gegenüber der früheren DDR und gegenüber der Bundesrepublik Bezug genommen werde. Es solle nicht so weit kommen, daß alles in der ehemaligen DDR privatisiert werde. Das gehe auch nicht so schnell, erwiderte der Bundeskanzler. Es wäre gut, fuhr Präsident Gorbatschow fort, wenn die Entwicklung normal verlaufen könne, damit die Arbeitsplätze erhalten und die Beziehungen zur Sowjetunion aufrechterhalten bleiben könnten.

Was das Problem der sowjetischen Erdöllieferungen betreffe, könne er dem Bundeskanzler zusagen, daß die Sowjetunion 10 Millionen Tonnen Erdöl nach Deutschland liefern werde. Alle Unternehmen für die Verarbeitung von Erdöl sollen weiterarbeiten können.

Deshalb werde die Sowjetunion 10 Millionen Tonnen Öl liefern. Das entspreche dem gegenseitigen Interesse.

In Bezug auf die sowjetischen Soldaten in der ehemaligen DDR sei es sehr wichtig gewesen, daß der Bundespräsident, der Bundeskanzler und sein Stellvertreter zu dieser Frage wichtige Erklärungen abgegeben hätten. Sie hätten große Wirkung in der Sowjetunion gehabt. Für sie sei es sehr wichtig gewesen, daß sich die Bundesregierung bereitgefunden hätte, die Aufenthaltskosten zu übernehmen. Die Präsenz ihrer Truppen sei eine sehr empfindliche Frage. Es sollte nicht zugelassen werden, daß andere Stimmen laut würden. Die militärischen Vertreter im Obersten Sowjet würden auf solche Erklärungen besonders achten.

Der Bundeskanzler erwiderte, daß er die Lage ebenso einschätze. Das Problem bestünde darin, daß Teile der sowjetischen Armee nicht mehr die gleiche Disziplin aufbrächten als früher. Dies sei sicherlich durch die Übergangsphase bedingt. Er habe den Ministerpräsidenten in den fünf neuen Ländern gesagt, daß sie die Kommunalbehörden anweisen sollten, mit den sowjetischen Soldaten engen Kontakt

zu halten und sich selbst darum zu kümmern. Er selbst sei entschlossen, im kommenden Frühjahr mit sowjetischen Soldaten zusammenzutreffen und damit eine öffentliche Demonstration für sie durchzuführen. Er wolle das nicht jetzt schon tun, weil dann behauptet würde, daß er das nur wegen des laufenden Wahlkampfes machen würde. Er würde auch Kollegen aus dem Kabinett beauftragen, sich um die sowjetischen Soldaten zu kümmern. Es müsse ein neues Verhältnis zwischen der Bevölkerung und den Soldaten aufgebaut werden. Das sei gut, erklärte Präsident Gorbatschow.

Der Bundeskanzler fuhr fort, daß er ähnliche demonstrative Akte auch gegenüber den amerikanischen Soldaten gemacht habe. Im übrigen gelte generell, daß es immer Probleme gebe, wo Soldaten stationiert seien.

Präsident Gorbatschow stellte völlige Übereinstimmung mit dem Bundeskanzler fest. Sie würden sich auch um dieses Problem kümmern.

Der Bundeskanzler erinnerte Präsident Gorbatschow daran, die vereinbarte gemischte Kommission möglichst bald einzusetzen und zur Arbeit zu bringen.

Präsident Gorbatschow erklärte, daß er es sehr begrüßen würde, wenn es zu normalen und guten Beziehungen zwischen beiden Armeen kommen könne.

Der Bundeskanzler regte an, Besprechungen mit den sowjetischen Kommandeuren in den fünf neuen Bundesländern durchzuführen, um die Voraussetzungen zu schaffen, in den Kasernen selbst Kurse für die berufliche Ausbildung der Soldaten einzurichten. Die Bundesrepublik könne entsprechende Hilfe leisten. Insgesamt würden für ein solches Programm 200 Mio DM zur Verfügung stehen. Er sehe darin eine sehr wichtige Sache.

Präsident Gorbatschow warf ein, daß die gemischte Kommission alle diese Probleme besprechen solle.

Der Bundeskanzler bekräftigte noch einmal, wie wichtig es wäre, daß die Soldaten, die ja teilweise demobilisiert werden, die Chance zu solchen Lehrgängen erhalten sollten, z.B. sollten sie Computer-kurse, Schweißlehrgänge und anderes mehr besuchen können. Alles das sei wichtiger als viele Reden.

Bevor er über den Golf-Konflikt reden wolle, erklärte Präsident Gorbatschow, von dem er nicht wisse, wie sie aus dem Golf wieder "herausschwimmen" könnten, wolle er noch die Frage des sowjetischen Eigentums in Bezug auf die militärischen Anlagen in der ehemaligen DDR sprechen. Es gebe bereits Geschäftsleute, die an solchen militärischen Anlagen Interesse bezeugten. Ein Teil der Anlagen sei vermietet gewesen und kehre jetzt in die Verfügung der Eigentümer zurück. Es gebe darüber hinaus sowjetisches Eigentum, das verkauft werden könne oder für gemeinsame Unternehmen zur Verfügung stehe.

Der Bundeskanzler wies in diesem Zusammenhang auf das deutsche Interesse an dem sowjetischen Militärflugplatz in der Umgebung Berlins hin. Er sei mit den Überlegungen des Präsidenten sehr einverstanden. Wenn der Präsident oder er selbst den Eindruck gewinnen sollten, daß die Abwicklung dieser Fragen ins Stocken gerate, dann sollten sie telefonisch sofort in Verbindung treten.

Präsident Gorbatschow stimmte zu. Er sei sehr an der Einrichtung einer direkten Telefonverbindung, die abhörsicher sei, interessiert.

Der Bundeskanzler erklärte sich einverstanden.

Präsident Gorbatschow erläuterte die sowjetische Position zum Golf-Konflikt. Es handele sich um ein so großes Problem, daß er überlegen müsse, wo er beginnen solle. Sie seien jetzt auf die Probe gestellt, wie sie mit der Krise verfahren würden, anders, als sie es früher getan hätten. Das entscheidende Ziel bestehe darin, daß alle gemeinsam nicht verlieren dürften. Saddam Hussein müsse bestraft werden. Die Lage könne nicht so bleiben, wie sie heute sei. Das sei vor allem für die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen sehr wichtig. Er habe in diesen Tagen einen Brief an Präsident Bush geschrieben und versichert, daß sie zu ihrer prinzipiellen Position stünden, die sie mit den USA gemeinsam ausgearbeitet hätten. Gleichzeitig hätten sie jedoch das Gefühl, daß es an internen Problemen in den USA läge, die darauf hindeuteten, daß die Zeit, die zur Lösung der Probleme zur Verfügung stünde, immer kürzer werde.

Der Bundeskanzler führte aus, daß der Umgang mit den amerikanischen Geiseln im

Irak zu einem entscheidenden Problem werden könne. Saddam Hussein spiele in dieser Frage mit den Feuer. In den USA könne die Meinung innerhalb weniger Stunden umkippen, wenn den Geiseln etwas zustoße. Das sei ein besonders gefährlicher Punkt. Wenn ein Krieg als Lösung ausscheiden solle, müßten alle Geiseln freigelassen werden. Es wäre eine totale Katastrophe, wenn alle Geiseln freikämen, aber nicht die amerikanischen.

Ein anderer Punkt sei der, daß es in dieser Region noch andere Staaten gebe, denen ein Krieg durchaus gelegen käme. Syrien würde beispielsweise über den Ausbruch eines Kriegs sicherlich nicht weinen. Auch Israel werde keinen positiven Einfluß auf diesen Konflikt nehmen. Sicherlich sei eine solche Haltung töricht, weil auch Israel am Ende keinen Vorteil gewinnen könne. Israel verfüge jedoch über einen ungeheuren Einfluß in den Vereinigten Staaten von Amerika, wenn auch Präsident Bush gegenüber Israel weniger gebunden sei als sein Vorgänger Reagan. Das sei sicherlich sehr positiv zu bewerten. Bush und Baker seien gegenüber Israel und den Juden in den USA unabhängiger, als es Reagan und Shultz gewesen seien oder Nancy.

Er glaube, erwiderte Präsident Gorbatschow, daß sie jetzt das Bewußtsein von Präsident Bush und seiner Umgebung stärken müßten, damit alles getan werde, daß es jetzt in der ersten Etappe zu keiner Niederlage komme, sondern die Geschlossenheit aufrechterhalten bleibe. Es dürfe keine Risse zwischen ihnen geben und alle müßten einig bleiben. Die Region sei in Bezug auf die Produktion von Erdöl noch immer intakt. Das Öl fließe nach wie vor. Die Blockade werde aufrechterhalten. Alle diese Maßnahmen als Schwäche oder als Niederlage zu verstehen, wäre eine falsche Schlußfolgerung.

Saddam Hussein beginne zu begreifen, daß es ihm nicht gelungen sei, die Gemeinschaft der Staaten, die sich gegen ihn gestellt hätten, zu spalten. Er spekuliere damit, daß eine militärische Lösung für alle verheerend sein werde. Er rechne deshalb mit politischen Bemühungen zur Lösung der Krise.

Man müsse deshalb jetzt hart bleiben und den Druck auf Saddam Hussein erhöhen. Nur in diesem Sinne sei eine militärische Demonstration zu rechtfertigen. Eine Lösung mit politischen Mitteln dürfe jedoch deshalb nicht von der Tagesordnung gestrichen werden.

In seinem Gespräch mit US-Außenminister Baker hätten sie den gemeinsamen Schluß gezogen, daß jetzt weitere Schritte unternommen werden sollten, um Saddam Hussein zu zwingen, Kuwait zu verlassen. Die sowjetische Regierung denke über solche Schritte auch nach. Wenn sie neue Maßnahmen entscheiden sollten, werde er den Bundeskanzler darüber unterrichten. Die nächste Möglichkeit für ein Gespräch werde sich in Paris ergeben, und dort könne man die gemeinsame Haltung abstimmen.

Die Sowjetunion habe rund 3.000 Geiseln im Irak. Dennoch wäre eine militärische Lösung eine Angelegenheit mit vielen Unbekannten.

Der Bundeskanzler bestätigte, daß man zwar den Anfang einer militärischen Lösung kenne, jedoch nicht wisse, wie ihr Ende aussehen. Genau das sei das Problem, warf der Präsident ein. Der Bundeskanzler verwies auf die geschichtlichen Erfahrungen der Deutschen, die immer wieder Schlachten gewonnen, aber den Krieg meistens verloren hätten.

Dies sei richtig, erwiderte Präsident Gorbatschow. Die Amerikaner würden sie immer an die Geschichte vor dem Zweiten Weltkrieg erinnern. Damals sei der Aggressor besänftigt worden. Aber es sei nicht möglich, die damalige Situation mit der heutigen absolut zu vergleichen. Die Zeiten seien heute anders. Der Irak sei der Irak und im Vergleich nicht so stark wie der Aggressor in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg.

Die neue Etappe, die man jetzt in den internationalen Beziehungen erreicht habe, erfordere politische Lösungen. Sonst könne es eine Niederlage geben. Jetzt müsse man eine neue Phase erreichen und irgendein Ultimatum gegenüber Saddam Hussein anstreben.

Der Bundeskanzler erklärte, daß es jetzt vor allem darum ginge, die Geiseln herauszuholen. Diese Frage löse den stärksten Druck auf Präsident Bush aus. Wenn die Geiseln freikämen, werde der innenpolitische Druck auf Präsident Bush geringer sein.

Präsident Gorbatschow berichtete, daß die USA in ihren Gesprächen große Bedeutung

auf den Staat Kuwait legen würden. Mrs. Thatcher übe ebenfalls starken Einfluß aus. Beiden ginge es vor allem auch darum, daß der Irak auch nach einem Rückzug nicht über ein solch großes militärisches Potential verfügen dürfe.

Der Bundeskanzler wiederholte, daß er fest davon überzeugt sei, daß die amerikanische Administration das Geiselnproblem aushalten könne. Er wisse jedoch, daß die öffentliche Meinung in den USA dazu führen könne, daß sich die Position des amerikanischen Senats innerhalb von 24 Stunden ändere.

Präsident Gorbatschow erinnerte in diesem Zusammenhang an die amerikanische Haltung anlässlich der Geiselnfrage im Iran und an die verunglückte Hubschrauberaktion. Diese Aktion sei in Cowboy-Manier durchgeführt worden.

Der Bundeskanzler unterstrich noch einmal, daß alles getan werden müsse, den Irak zu veranlassen, alle Geiseln freizugeben. Präsident Gorbatschow stimmte zu.

Der Bundeskanzler fuhr fort, daß die Chancen für eine Verhandlungslösung größer wären, wenn die Geiseln ausgereist seien. Im übrigen glaube er nicht, daß die Geschlossenheit der internationalen Staatenwelt gegenüber dem Irak gefährdet sei.

Präsident Gorbatschow bekräftigte noch einmal, daß es darum gehen müsse, den Zustand in Kuwait vor dem 2. August wieder herzustellen. Dann sei alles weitere lösbar.

Der Bundeskanzler wies darauf hin, daß der Golfkonflikt nicht das einzige Problem in dieser Region sei, und damit jongliere er nur an das ungelöste Problem der Palästinenser.

Präsident Gorbatschow stimmte zu. Wenn man über den Persischen Golf rede, dann sei offensichtlich, daß die Lage, in dieser Region insgesamt explosiv sei. Deshalb müsse auch über alle anderen Probleme gesprochen werden.

Der Bundeskanzler berichtete, daß auf dem Europäischen Gipfel in Rom alle dieser Auffassung gewesen seien bis auf Mrs. Thatcher. Aber es sei deutlich, daß sich ihr Gewicht auch in Washington verändert habe. Das sei nicht mehr so groß wie zu Zeiten von Präsident Reagan, erklärte Präsident Gorbatschow.

Es sei kein Zufall, fuhr der Bundeskanzler fort, daß der Präsident und er heute mit Präsident Bush besser zusammenarbeiten könnten. Bush sei ein sehr verlässlicher Mann, der keine Vormundschaft wolle. Er wisse, wie sehr Präsident Bush den sowjetischen Präsidenten und ihn respektiere. Bush sei ein Mann, der für die Zusammenarbeit sehr gerne ein freundschaftliches Verhältnis suche. Das Angebot von Präsident Bush an die Deutschen, Partner in der Führung zu sein, sei für Premierministerin Thatcher nicht angenehm gewesen. Sie nutze jetzt die Golfkrise als Gelegenheit, ihre Beziehungen zu Präsident Bush zu verbessern. Sicherlich müsse man für die Zukunft in Bezug auf die Golfkrise alles einkalkulieren, auch die Möglichkeit eines Krieges, sonst habe man die Situation, wie sie 1938 geherrscht habe. Präsident Gorbatschow stimmte zu.

Der Bundeskanzler fuhr fort, daß man aber wissen müsse, wie das Ergebnis aussehen solle.

Präsident Gorbatschow berichtete über sein gestriges Gespräch mit US-Außenminister Baker. Er habe ihm gesagt, daß sie alle unter der UN-Flagge handeln müßten. Er habe abgeraten, den Weg nach Artikel 51 einzuschlagen. Der Bundeskanzler stimmte zu.

Präsident Bush werde in einer Woche in Deutschland sein, und er werde mit ihm in diesem Sinne reden. Wenn es der Präsident für nützlich halte, dass er mit Präsident Bush in diesem Sinne rede, solle er es ihm sagen.

Präsident Gorbatschow stimmte zu. Er werde das auch tun. In dieser Lage müßten sie Präsident Bush und das ganze amerikanische Volk spüren lassen, daß sie die Kontinuität in der gemeinsamen Position aufrechterhalten. Und verlässlich seien, fügte der Bundeskanzler hinzu. Der Präsident stimmte zu.

Das Gespräch wurde im Delegationskreis fortgeführt.

(Teltschik)

[1] BArch, B 136/59734, 168-189.

[Editor's note: This document was also published, in the German original, in Andreas Wirsching, Hélène Miard-Delacroix, and Gregor Schöllgen, eds., *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1990* (Berlin; Boston: De Gruyter Oldenbourg, 2021), <https://doi.org/10.1515/9783110715552>.]

Head of Department 2  
Bonn, 13 November 1990

## **M e m o r a n d u m**

**Subject: The Chancellor's Meeting with Soviet President M.S. Gorbachev on 9 November 1990, 3:15 p.m. to 5:00 p.m. at the Federal Chancellery**

Attendees:

A.S. Chernyaev, Adviser to the President  
Head of Department 2  
Interpreter

As an introduction, President Gorbachev referred to the sunny autumn day, which was to a certain extent symbolic of his visit to Germany.

The Chancellor warmly welcomed President Gorbachev and presented to him a personal gift. He then addressed the internal situation in the Soviet Union. He was shocked by the shots in Red Square when he heard about them. It was only a few weeks ago that his colleague and friend, Interior Minister Schäuble, was shot and had then-since been paralyzed.

President Gorbachev reported that there were many spontaneous demonstrations from below in Moscow. When the German press reported on all the slogans, the Chancellor could certainly determine that they were all very interesting. Such slogans used to be prepared in party and trade union organizations. Today, everyone wrote their own slogans. That was an expression of pluralism in the Soviet Union. These slogans were aimed primarily at the President, who was called upon to stand up for pluralism, for the market, and for democracy - but against unemployment.

There had been an infinite number of appeals to him in this form. He had therefore asked Ryzhkov, who was standing next to him, whether they actually had a government or not, because all these appeals were directed to him and not to the government.

In their slogans, the people also stood up for the preservation of the Union, for national resurrection, but against nationalism. The slogans were addressed to him and to Yeltsin together, that they should both think of the fate of the country. On the eve of the revolutionary anniversary ceremony, a solemn but unusual meeting had taken place because everyone could say and actually did say what they wanted. At the end of the meeting, a worker had spoken about the Gorbachev / Yeltsin issue and the hall applauded him. When he left the presidium, Yeltsin was waiting for him. When he greeted him, the whole room watched them.

Everything was in motion in the Soviet Union now. But what had actually happened? On the eve of the revolution anniversary celebration, they had discussed whether such a celebration or parades were necessary. He had just come back from Spain. He had issued a decree that the parade should be carried out according to the previous procedure. He had also given his consent to the demonstrations. This decree sparked discussions all over the country. This was a very powerful signal from the population. There was no compulsion for the people and they went towards the manifestations of their own free will.

There were military parades and manifestations everywhere, including in the Baltic republics. In the city of Riga, with a population of 120,000, Latvians and Russians were almost like they were in Moscow. The participants in the military parades were showered with flowers. Overall, there had been a massive movement and everything has been relatively calm. Where was the development going?

These events were a signal for the Soviet leadership. They had given a clear vision for

the development of the processes and had underlined the need for stabilization and consolidation, for order and discipline, and for preventing separatism and nationalism in particular.

What were Yeltsin's aims, the Chancellor asked. Was his ambition to take the President's position?

Nobody knew what Yeltsin wanted, replied President Gorbachev. Yeltsin was a toy in the hands of certain powers. He had known him for a long time. He knew everything about Yeltsin, including things that others did not know. Yeltsin was destructive by nature. Yeltsin was not able to achieve the things he was supposed to. He had been an oppositionist from birth. Nevertheless, one could do something with him. He had arranged to meet again with Yeltsin on November 11th.

Meanwhile, the people of the Soviet Union gradually found their way around. It was true that there were many declarations of a demagogic character and many confrontations. But people were tired of them and pushed them aside. Yeltsin was feeling this development and was thinking about new tactical steps. Yeltsin's speech in mid-October had done a lot of damage. That applied to everyone. Today, the prevailing mood in society and in the republics was to conclude the union treaty as quickly as possible.

The Chancellor queries whether the central government would have to surrender rights to the republics under such a union treaty. The point now, President Gorbachev replied, was that the center should hand over all responsibilities that should be the responsibility of the regions. The Chancellor says that the aim was a kind of federalism.

President Gorbachev said yes. The principle of federalism was originally part of the name of the state.

In fact, however, everything was regulated centrally. The republics, the regions and the people should have their freedom. It should now be noted that nationalist tones were also becoming loud again. The nationalists felt that their time was over. Even in Lithuania, it was understood that Landsbergis' policy was leading to a dead end. The Prime Ministers of all three Baltic republics sat together with Prime Minister Ryzhkov in the state planning commission to prepare the plans for the new year, because they wanted to survive. People knew what that meant in the Republic of Moldova, in Armenia, in Azerbaijan.

The Chancellor affirmed that a success for President Gorbachev was important for Germany and for Europe. That was why it was necessary to bring the diverging nationalities together under one roof.

President Gorbachev replied that there was a great deal of determination in society that had led to the acceptance of the President's toughest measures. He strove for a solution through a union treaty and not another way.

The Chancellor explained that today no state could any longer maintain centralism. People rejected centralism because they all wanted their own personal space.

Germany was only one nation, interjected President Gorbachev, and yet there was this experience. In the Soviet Union, on the other hand, there were many different nationalities, each representing their own interests.

The Chancellor queries about the state of the economic reform. The Federal government was ready to help with experts if the President wanted to take up such an offer.

President Gorbachev explained that they were not about to slow down economic reforms. Such an impression was wrong. They were in the process of reforming the forms of property and creating a mixed economy entailing ownership, cooperatives, public companies, and other forms of ownership. His most important goal was independence and personal responsibility and the right to be able to dispose one's work results oneself. "We were now marching towards the market." But they did this in such a way that they wanted to enable the economy to move towards the market without making mistakes.

International experts were asking why this decision had not been made in the spring. In fact, they found that as late as April, 82% to 86% of people were against the market. Today, most of them were already in favor. It was therefore important to

change people's consciousness. Now, they could act more decisively. They would now take great measures to reduce the budget deficit, to clean up the finances, to stabilize the ruble, and to change the price policy. World market prices should apply in the future. The entire package should help to stabilize the economy. At the same time, they had decided on a way to de-nationalize the companies. Step by step, they would now make big decisions.

At the current stage, they were also in the process of changing monetary policy. In some cases, the republics did not have a single dollar or D-Mark at their disposal. The representatives from Ukraine reported that they were unable to raise \$40,000 to \$60,000 for equipment to produce supplies on the order of \$4 billion.

The search for criteria for a sensible monetary policy had shown that it was not easy. He had therefore created a currency committee headed by Prime Minister Ryzhkov and the Prime Ministers of the republics. He had ordered a corresponding decree. Decisions would now be made in all directions which should lead to the establishment of the market system.

In this context, he had a very big question to pose to the Federal Chancellor. In many circles in the West, it was now being said that there was chaos in the Soviet Union and that everything was collapsing. There was plenty of rumor. He did not refer to the Chancellor, whose position he welcomed. Such reports only made him smile. What was a requirement of 8 to 10 billion given the total Soviet production? You would bear the burden of responsibility yourself. However, there were bottlenecks that could trigger the greatest dangers. These bottlenecks primarily affect food and everyday consumer goods. If they started with the market now, and prices would develop, they would have to reckon with the fact that the market would be emptied, especially in the first stage.

Later on, one would surely be able to balance things out and put everything back in order. But now, it was a matter of taking precautions in order to prevent dissatisfaction and the failure of the reforms. Some of the credit he needed would have to be raised for agriculture and the food industry. Large programs were planned. It goes without saying that this cooperation must be based on the principle of mutual benefit. Today, he had told the Federal President that the German businessmen were the first to recognize the advantages of military conversion, and also the advantages of cooperation in the field of energy and other areas.

He wanted to answer that openly, replied the Chancellor. For a year, they had been speaking very directly and very amicably. He was very happy that a personal relationship had developed. That also applied to him, interjected President Gorbachev.

The Chancellor confirmed that he was determined to continue this personal relationship. He wished the President success because there was no alternative to his politics. Many would keep asking what would happen if the President did not make it. In this context, there was talk of a threatening Bonapartism.

All of this was understandable and he had read about it, too, replied President Gorbachev. He himself did not dramatize the situation, but there were people who talked about it.

The Chancellor declared that as Helmut Kohl as well as the German Chancellor, he was counting on President Gorbachev, but not on everyone else in Moscow. Especially as a German, he relied on the President because he wanted to achieve good. He could not behave like a normal viewer for whom the story continued. Then everything could suddenly be too late.

If he was betting on the President, two things were required: He had to know what the President really wanted. We did not know enough. That was why he also spoke of support from experts, although he did not only refer to Germans. He believed that time was pressing and that short-term as well as long-term measures were needed.

From his point of view, the President now needed air to breathe. He saw the situation as follows: Four weeks ago, at the European summit in Rome, he had said that the European Council should decide on support for the Soviet Union in December.

This also applies to the other international organizations. Good preparation was required for this. Therefore, they should now agree that two or three of his coworkers should travel to Moscow in two to three weeks, in addition to having personal contact

with him there. The Rome meeting had to be prepared during these talks, in which his colleague Teltschik should also take part. Prime Minister Gonzales and EC Commission President Delors, as well as others, were very good-willed on this issue.

Since the summer, there had also been changes in Washington. At the world economic summit in Houston in July, there had still been reluctance on the American side. Yesterday, in a telephone conversation with President Bush, he had emphasized how positive it was that there was close cooperation between the USA and the Soviet Union on the issue of the Gulf Crisis. For example, he asked President Bush what situation they would be in today if Ustinov were still Defense Minister in Moscow.

His concern now was to organize sensible aid for President Gorbachev. Nobody was ready to invest money in a bottomless pit. Therefore, it would rather be about providing food and everyday necessities for the coming winter and preparing long-term aid.

The latter was particularly important, said President Gorbachev. The West was absolutely correct that the Soviet Union must first help itself. That was the key to all problems. The coming 1 to 1 1/2 years, however, would be the most difficult phase to reach the market.

The Chancellor went on to consciously address the President as a "dear friend." The Japanese approached him because they were rethinking their position and wanted to participate in a G7 campaign. If the President had room to maneuver on the existing problem with Japan, it would be very important for him to know.

President Gorbachev replied that it was a very sensitive and pivotal question. Even Yeltsin had made public statements about this. The question was posed very sharply and everyone, including Yeltsin, had to give an account of whether they were now in the process of distributing and giving away Soviet land. He had to be very careful on the territorial issue. He did not know to what end this process will come.

He was in favor of economic cooperation and also for cooperation in other areas. One could choose different forms. They were also ready to open the far East of the Soviet Union to Japan.

The Chancellor recalled that history had developed faster than they had thought possible when they had started their talks. He would therefore tell his colleague Kaifu that he should start economic cooperation in order to create a different climate. It would be important for him if he could tell Kaifu that the climate was changing in Moscow too, without touching the core issue. They had also not focused on the core question in their first conversations. Otherwise, he feared the danger that Japan would isolate itself. He himself wanted to speak to Prime Minister Kaifu and then inform the President about it.

President Gorbachev replied that he was okay with that. He would travel to Japan in the spring. The collaboration between Japan and the Soviet Union should start without any preconditions.

The new elements would then also overcome the period in which they had not yet reached agreement.

He understood that, replied the Chancellor. The next point he raised was his concern about the housing program for the Soviet soldiers. He wanted to repeat his request to the President to appoint agents for the negotiations having full authority. It was now important that the agreed program got under way as quickly as possible. The reports he received were not very positive. The housing program was important for both of them. In a year, they would both be asked about the results. He therefore hoped that the President would put pressure on this issue. They should call each other if necessary.

President Gorbachev replied that he would proceed exactly in this way.

The Chancellor announced that he wanted to continue and expand the program, which had been decided in 1989 for three years, for the training and further education of Soviet experts.

That was good, replied President Gorbachev. Their cooperation and the support for perestroika were very important. If they did not come to an understanding now, when would they have such a chance together again? He feared - and he wanted to prevent this - that they could become the victims of petty businessmen. Perestroika

was their burden. It was the duty of their partners to ensure that they have the opportunity to move accordingly. Their duty, however, was to open the country to cooperation. All of this had to be done very quickly because there were already the first signs of an economic downturn in the West. Germany was an exception, the Chancellor interjected.

The US and Japan were affected, said President Gorbachev. They would be selling more and more securities and real estate. From this point of view, as well as in relation to the development of German-Soviet relations, the success of perestroika would benefit not only the Soviet Union, but everyone else as well. Above all, he wanted particularly good and organic relations with Germany. The US would also be knocking on the door now. The US was especially needed for large projects. The US also wanted to work with Germany on this, added the Chancellor.

President Gorbachev went on to say that much could come about in this way and that the negative consequences of the economic downturn could also be contained. He agreed that three to four experts should come to Moscow in about two weeks to prepare the summit deliberations in Rome.

However, he made a special request of the Federal Chancellor. What Germany had done so far in the field of food deliveries should also be possible within the EC framework in the future. He asked the Chancellor to draw the EC partners' attention to this need. On this question, he had set up a group headed by the First Deputy Prime Minister, Voronin. He was responsible for coordination both within the Soviet Union and abroad. This working group should remain under the authority of the central government. His aim was to ensure that the key industrial centers were supplied.

As for the housing project, he agreed with the Chancellor's proposals. He would set up a responsible working group. The capabilities of the Ministry of Defense should be included in its implementation.

The Chancellor once again underlined the need to appoint a general representative who would have all responsibilities. He would do that and inform the Chancellor about it, replied President Gorbachev. He welcomed the Chancellor's intention to continue training and further education in the future. In view of the development in the market, the need for cadres was growing. They had a saying that goes: As long as there was no thunder, no one would react.

The Chancellor raised two other bilateral problems. The governments of Poland, the CSFR, and Hungary had approached the Federal government with the request to obtain military material from the former NVA. The Bundeswehr did not need this material and that was why he was ready to comply with these wishes.

He would think about it, replied President Gorbachev. Everything was in motion now.

The Chancellor explained the scope of the NVA material that was now available. He did not intend to pass such military material on to third world countries. And the Bundeswehr did not need it. Much would have to be scrapped. On the other hand, one could say that Poland, for example, posed no danger to either the Soviet Union or to Germany. Absolutely, interjected President Gorbachev.

The Chancellor: He did not want to sell the material either, but rather give it away to these countries. His only interest was to get rid of this material as quickly as possible. The fact that they could speak so openly about such a question was also an expression of the changes that had occurred.

President Gorbachev repeated with a laugh that he would send the Chancellor a message on this subject in a few days.

He was hoping for positive news, replied the Chancellor.

That will probably be so, answered President Gorbachev.

The Chancellor then addressed the situation of the Russian-Germans. The number of people leaving had increased enormously. It was important for both sides that the Russian-Germans remained in the Soviet Union. He very much welcomed the fact that the cultural rights of the Russian-Germans could be regulated in the large joint treaty. He did not want to raise this issue politically, but it was a problem that had to be resolved.

President Gorbachev admitted that there was a real problem. He was looking for a

solution. However, this should come from the governments of the republics themselves. During these days, he had awarded the academy member Rauschenbach a medal. Rauschenbach had been at the forefront of the Russian-German movement, and he had now made an appointment with him because Rauschenbach had told him that he had proposed solutions. They wanted to talk about it now.

The Chancellor addressed the situation in the Gulf. He was very concerned.

President Gorbachev reaffirmed that it was good that the new German-Soviet treaty referred to the continuity of economic relations between the Soviet Union and the former GDR and the Federal Republic. It should not come to the point that everything in the former GDR was privatized. That would not happen so fast either, replied the Chancellor. President Gorbachev went on to say that it would be good if developments could proceed normally, so that jobs could be preserved and relations with the Soviet Union maintained.

As for the problem of Soviet oil deliveries, he could promise the Chancellor that the Soviet Union would deliver 10 million tons of oil to Germany. All oil-processing companies should be able to continue working.

Therefore, the Soviet Union would deliver 10 million tons of oil. That corresponded to the mutual interests.

Regarding the Soviet soldiers in the former GDR, it was very important that the Federal President, the Chancellor, and his deputy had made important statements on this matter. They would have had a great impact in the Soviet Union. For them, it was very important that the Federal government had found itself ready to cover the living expenses. The presence of their troops was a very sensitive issue. Other voices should not be allowed to be heard. The military representatives in the Supreme Soviet would pay particular attention to such statements.

The Chancellor replied that he assessed the situation in the same way. The problem was that parts of the Soviet army were no longer exercising the same discipline as they used to. This was certainly due to the transition phase. He had told the prime ministers in the five new German provinces to instruct the local authorities to keep in close contact with the Soviet soldiers and to take care of them themselves. He himself was determined to meet with Soviet soldiers next spring and hold a public demonstration for them. He did not want to do it now because it would then be claimed that he would only do it because of the ongoing election campaign. He would also assign colleagues from the cabinet to look after the Soviet soldiers. A new relationship between the population and the soldiers must be built. That was good, said President Gorbachev.

The Chancellor went on to say that he had made similar demonstrative acts towards the American soldiers. Moreover, it was generally true that there were always problems where soldiers were stationed.

President Gorbachev found complete agreement with the Chancellor. They would take care of this problem, too.

The Chancellor reminded President Gorbachev to set up the agreed mixed commission and to get it working as soon as possible.

President Gorbachev said that he would very much appreciate it if normal and good relations could develop between the two armies.

The Chancellor suggested holding meetings with the Soviet commanders in the five new federal states in order to create the conditions for setting up courses for the professional training of soldiers in the barracks themselves. The Federal Republic could provide appropriate help. A total of DM 200 million would be available for such a program. He saw it as a very important thing.

President Gorbachev interjected that the mixed commission should discuss all of these problems.

The Chancellor reiterated how important it would be for the soldiers, who are partially demobilized, to have the opportunity to attend such courses, e.g., they should be able to attend computer courses, welding courses, and other such things. All of this was more important than many speeches.

Before he wanted to talk about the Gulf conflict, President Gorbachev, who did not know how to "swim out" of the Gulf, said he wanted to talk about Soviet property in

relation to the military facilities in the former GDR. There were already business people who had shown interest in such military installations. Some of the facilities had been rented and were now back at the disposal of the owners. There was also Soviet property that could be sold or that was available for joint ventures.

In this context, the Chancellor pointed to the German interest in the Soviet military airfield in the vicinity of Berlin. He was very much in agreement with the President's deliberations. If the President or he himself had the impression that these issues were stalling, they should call each other immediately.

President Gorbachev agreed. He was very interested in setting up a direct telephone connection that was bug-proof.

The Chancellor agreed.

President Gorbachev explained the Soviet position on the Gulf conflict. The problem was so large in scope that he had to think about where to start. They were now being tested in how they would deal with the crisis. This was different compared to the things they had done before. The ultimate goal was that we would not lose together. Saddam Hussein must be punished. The situation could not remain as it was today. This was particularly important for Soviet-American relations. During these days, he had written a letter to President Bush assuring him that they stood by their position of principle, which they had worked out together with the USA. At the same time, however, they felt that there were internal problems in the US which indicated that there was less time available to resolve the problems.

The Chancellor said that dealing with the American hostages in Iraq could become a crucial problem. Saddam Hussein was playing with fire on this issue. In the United States, if something happened to the hostages, people could tip their minds in a matter of hours. That was a particularly dangerous point. If war was to be eliminated as the solution, all hostages would have to be released. It would be a total disaster if all the hostages were released, but not the American ones.

Another point was that there were other states in this region for which war would be convenient. Syria, for example, would certainly not cry at the outbreak of war. Israel would not exert any positive influence on this conflict either. Such an attitude would certainly be foolish, because in the end Israel could not gain any advantage either. Israel, however, had tremendous influence in the United States of America, even if President Bush was less tied to Israel than his predecessor Reagan. That was certainly to be rated very positively. Bush and Baker were more independent of Israel and the Jews in the USA than Reagan and Shultz or Nancy.

He believed, President Gorbachev replied, that they must now strengthen the awareness of President Bush and his entourage so that everything was done to avoid defeat in the first stage and to maintain unity. There must be no cracks between them and everyone should remain united. The region was still intact in terms of oil production. The oil was still flowing. The blockade would be maintained. To understand all these measures as weakness or defeat would be an incorrect conclusion.

Saddam Hussein was beginning to understand that he had not succeeded in dividing the community of states that had opposed him. He speculated that a military solution would be devastating for everyone. He therefore counts on political efforts to resolve the crisis.

Thus, one must stand firm now and increase the pressure on Saddam Hussein. A military demonstration could only be justified in this sense. However, a solution by political means should not be removed from the agenda.

In his conversation with US Secretary of State Baker, they had reached the common conclusion that further steps should now be taken to force Saddam Hussein to leave Kuwait. The Soviet government was also considering such steps. If they should decide on new measures, he would inform the Chancellor about them. The next opportunity for a conversation would arise in Paris, where one ought to agree on common positions.

The Soviet Union had around 3,000 hostages in Iraq. Still, a military solution would be a matter of many unknowns.

The Chancellor confirmed that although the beginning of a military solution was

known, it was not known what its end would look like. That was exactly the problem, the President interjected.

The Chancellor referred to the historical experiences of the Germans, who repeatedly won battles, but mostly lost the war.

This was correct, replied President Gorbachev. Americans would always remind them of the pre-World War II story. At that time the aggressor was appeased. But it was not possible to make an absolute comparison between the situation at that time and that of today. The times were different today. Iraq was Iraq and, in comparison, not as strong as the aggressor in the period before the Second World War.

The new stage that has now been reached in international relations required political solutions. Otherwise, there could be defeat. Now we had to reach a new phase and strive for some ultimatum against Saddam Hussein.

The Chancellor declared that the main task now was to get the hostages out. This question triggered the greatest pressure on President Bush. If the hostages were released, domestic political pressure on President Bush would be lessened.

President Gorbachev reported that the US would attach great importance to the state of Kuwait in their talks. Mrs. Thatcher was also very influential. The main concern of both of them was that Iraq should not have such great military potential even after a withdrawal.

The Chancellor repeated that he was firmly convinced that the American administration could endure the hostage problem. However, he knew that public opinion in the United States could lead to the position of the American Senate changing within 24 hours.

In this context, President Gorbachev recalled the American stance on the hostage question in Iran and the unsuccessful helicopter operation. This action was carried out in cowboy fashion.

The Chancellor emphasized once again that everything must be done to get Iraq to release all hostages. President Gorbachev agreed.

The Chancellor went on to say that the chances of a negotiated solution would be greater if the hostages were allowed to leave. In addition, he did not believe that the unity of the international community was endangered.

President Gorbachev reiterated that the task must be to restore the situation in Kuwait before August 2nd. Then everything else could be solved.

The Chancellor pointed out that the Gulf conflict was not the only problem in this region and that Saddam Hussein was juggling with it.

He was just alluding to the unsolved problem of the Palestinians.

President Gorbachev agreed. If one discussed the Persian Gulf, then it is obvious that the situation in this region as a whole was explosive. That was why all other problems must also be discussed.

The Chancellor reported that at the European summit in Rome, all of them were of this opinion except for Mrs. Thatcher. It was clear that her influence had been reduced in Washington. President Gorbachev said it was not as large as it used to be in the days of President Reagan.

It was no accident, continued the Chancellor that he and the President could work better together with President Bush today. Bush was a very reliable man who did not want guardianship. He knew how much President Bush respected the Soviet President and him. Bush was a man who liked to look for a friendly relationship to work with. President Bush's offer to the Germans to be partners in the leadership was not pleasant for Prime Minister Thatcher. She was now using the Gulf Crisis as an opportunity to improve her relationship with President Bush. Certainly, everything had to be considered for the future regarding the Gulf Crisis, including the possibility of war - otherwise one would end up in a situation like that of 1938. President Gorbachev agreed.

The Chancellor went on to say that one had to know what the result should be.

President Gorbachev reported on yesterday's conversation with US Secretary of State Baker. He told him that they must all operate under the UN flag. He advised against taking the Article 51 route. The Chancellor agreed. President Bush would be in

Germany in a week, and he would talk to him on that note. If the President thought it useful that he should speak to President Bush in this way, he ought to tell him.

President Gorbachev agreed. He would do that too. In this situation, they should let President Bush and the entire American people feel that they were maintaining continuity in the common position. And were reliable, added the Chancellor. The President agreed.

The discussion was continued in the delegation group.

[handwritten signature]

(Teltschik)